

Judith Dellheim

DIE HERSTELLUNG DER «ZEITENWENDE»

Zur gesellschaftspolitischen Rolle
des Bundesverbandes
der deutschen Industrie (BDI)



JUDITH DELLHEIM ist Politökonomin, war als Referentin am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig und ist Mitglied des Steering Committee EuroMemo Group (Europäische Arbeitsgruppe alternativer Wirtschaftswissenschaftler*innen).

Einen herzlichen Dank an LUTZ BRANGSCH, MICHAEL BRIE, MICHAEL THOMAS und ULRICH JAHNKE für die Hinweise im Prozess der Erarbeitung und an BRITTA GRELL für das Lektorat.

IMPRESSUM

ONLINE-Studie 10/2023

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2749-3156 · Redaktionsschluss: April 2024

Lektorat: Text-Arbeit, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Einleitung	4
1 Ende «des Neoliberalismus» in der Regierungspolitik?	7
2 Zur Rolle des BDI bei der Genesis und Realisierung von «Neoliberalismus» und «Zeitenwende»	11
2.1 Zur Geschichte des BDI als politischer und wirtschaftlicher Akteur der Bundesrepublik	11
2.2 Drei bundespolitische Bündnisse bis zur «Zeitenwende»	13
2.2.1 Die «Konzertierte Aktion» 1967–1977/78	13
2.2.2 Das «Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit»	14
2.2.3 Das Bündnis «Zukunft der Industrie» bis zur «Zeitenwende»	18
2.3 Das Bündnis «Zukunft der Industrie» seit der «Zeitenwende»	24
3 Fünf kurze Schlussfolgerungen	33
Anhang	38

EINLEITUNG

Die Debatten zu «Zeitenwende» und «Zeitdiagnose» fordern die linken und insbesondere die sozialistischen Akteure verstärkt heraus, die Analyse ihrer politischen Handlungsbedingungen und -möglichkeiten kritisch zu reflektieren und zu qualifizieren. Dafür gibt Rosa Luxemburg eine entscheidende Orientierung: «Die erste Bedingung einer erfolgreichen Kampfpolitik ist das Verständnis für die Bewegungen des Gegners. Was gibt uns aber den Schlüssel zum Verständnis der bürgerlichen Politik bis in ihre kleinsten Verzweigungen, bis in die Verschlingungen der Tagespolitik, ein Verständnis, das uns gleichermaßen vor Überraschungen wie vor Illusionen bewahrt? Nichts anderes als die Erkenntnis, daß man alle Formen des gesellschaftlichen Bewußtseins, also auch die bürgerliche Politik, in ihrer inneren Zerrissenheit aus den Klassen- und Gruppeninteressen, aus den Widersprüchen des materiellen Lebens und in letzter Instanz (aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen) erklären müsse.»¹ Das bedeutet politökonomische Analyse, um herauszufinden, a) warum welche bürgerlichen Akteure mit ihren Interessen wie handeln, worauf sie reagieren, welche dynamischen Interessenwidersprüche innerhalb und zwischen den gesellschaftlichen Klassen und sozialen Gruppen ihrem Agieren zugrunde liegen; b) welche politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wirkungen ihre Handlungen im Moment haben bzw. kurz-, mittel- und langfristig haben können und c) was das für die politischen Handlungsbedingungen und Herausforderungen für die Linken, die Sozialistinnen und Sozialisten bedeutet.

Die vom Bundeskanzler nach dem großdimensionierten russischen Angriff auf die Ukraine ausgerufene «Zeitenwende» zielte auf die Stärkung der militärischen Dimension der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Veränderung ihrer Prinzipien. Aber mit Luxemburg ist insbesondere zu klären, welche Kapitaleliten mit welchen Interessen und Erwägungen die «Zeitenwende» vorbereitet haben, sie realisieren, insbesondere ökonomisch an ihr beteiligt sind, von ihr profitieren und sie daher weitertreiben wollen. Das richtet den Blick auf die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und auf ihr Verhältnis zu den Regierenden bzw. zu den staatlichen Akteuren. Da aber praktisch zeitgleich bzw. zeitnah zur Verkündung der «Zeitenwende» und im erklärten Zusammenhang

mit ihr die Regierung besondere haushalts-, finanz-, energie-, industrie-, wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen ergriff, wurde eine zweite Debatte belebt: über die Fortsetzung oder das Ende neoliberaler Politik bzw. «des Neoliberalismus». Diese Debatte ist für die Linken bzw. die sozialistischen Akteure keineswegs eine vor allem akademische oder ideologische Angelegenheit, sondern von Bedeutung für ihre Kampfpolitik: Ihre (Zwischen-)Resultate bestimmen über die Aufgabe, Aufrechterhaltung und Fortschreibung konkreter politischer Forderungen und Strategien und haben insbesondere bündnispolitische Konsequenzen. Für die Genese der «neoliberalen Wende» in der alten Bundesrepublik und für die neoliberale Entwicklung im heutigen Deutschland waren und sind wiederum die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und die Verhältnisse zwischen ihnen und der Regierung bzw. «dem Staat» relevant.

Diese Spitzenverbände von Unternehmerinnen und Unternehmern in der Bundesrepublik bzw. der deutschen Wirtschaft sind: der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). Sie verfolgen zwar gemeinsam das Motto «Getrennt marschieren, vereint schlagen», aber weisen jeweils ein sehr unterschiedliches Profil und Organisationsprinzip auf. Ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten kommen seit 1965 jährlich anlässlich der Internationalen Handwerksmesse in München zum Spitzengespräch zusammen und betreiben eine gemeinsame Website.² Sie treffen sich ebenso jährlich mit der Bundeskanzlerin bzw. dem Bundeskanzler und demonstrieren in politischen Grundsatzfragen Gemeinsamkeit, seit dem Frühjahr 2022 auch und insbesondere bei der «Ukraine-Hilfe».³ Zur schwerpunktbezogenen bundespolitischen Koordinierung ihrer Positionen und Aktivitäten haben die Verbände Arbeitsgruppen gebildet. Sie haben in zuständigen Bundesministerien konkrete Ansprech- und Kooperationspartnerinnen und -partner. Aber auch die Ministerien initiieren ihrerseits fachpolitische Koordinierungen, zu denen sie die Verbände einladen. Hinzu kommt die Mitwirkung der Verbände in Beiräten und Kommissionen der Bundesministerien bzw. -regierung.⁴ Die Verbände arbeiten in EU-weiten, internationalen bilateralen und multilateralen Zusammen-

1 Luxemburg, Rosa: Karl Marx, in: Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin 2000 [1903], S. 372–373.

2 www.spitzengespraech.de/home

3 www.wirtschaftshilft.info

4 Raithe, Roland: Wirtschaft und Außenpolitik. Der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. als Faktor im außenpolitischen Entscheidungsprozess der Bundesrepublik Deutschland. Inaugural Dissertation, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1984, S. 333–338.

schlüssen und Gremien zur Wirtschaftspolitik mit, was die Wichtigkeit der Beratungen mit den Ministerien noch unterstreicht.

Dass dieser Text auf den BDI fokussiert, hat zumindest drei miteinander verbundene Gründe: Wird Luxemburgs Orientierung gefolgt, muss sich insbesondere mit dem BDI als Spitzenverband der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister, der gemäß seiner Satzung «dem allgemeinen Interesse der industriellen Wirtschaft»⁵ dient, umfassend auseinandergesetzt werden. Der erste Grund ist: Der Anteil des BDI an der Herausbildung und Entwicklung von neoliberaler Politik und ihren gesellschaftlichen Folgen ist gravierend. Zweitens: Für die Stärkung und Modernisierung der Bundeswehr, für die Stärkung des Militärischen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden Leistungen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) und ihrer Partner gebraucht. Und drittens: Die entscheidenden Akteure der SVI und der mit ihr verbundenen Industriebereiche sind Mitglieder des BDI. Das von Luxemburg geforderte politökonomische Herangehen an die Analyse der Kampfbedingungen verlangt, historisch vorzugehen. Der Geschichte des BDI muss hohe Aufmerksamkeit zukommen, um gesellschaftliche Zusammenhänge erkennen zu können.

Der BDI hat derzeit 35 Mitgliederverbände, darunter eine Arbeitsgemeinschaft aus sechs Verbänden (Einzelunternehmen können kein Mitglied sein), die sich die Mitgliedschaft teilen. Er spricht daher für insgesamt 40 Branchenverbände (siehe Anhang) und für mehr als 100.000 Unternehmen, die circa acht Millionen Arbeitskräfte beschäftigen. Zu den BDI-Branchenverbänden gehört der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV),⁶ der hier besonders interessiert. Seine Mitglieder arbeiten vielfach zusammen mit Unternehmen, die anderen BDI-Mitgliederverbänden angehören. Das betrifft sowohl die direkte Kooperation als auch Geschäftsbeziehungen in Bezug auf Double-Use-Güter. Diese anderen BDI-Mitgliederverbände sind insbesondere die Branchenverbände der Informationswirtschaft, Telekommunikation und neuen Medien (Bitkom), der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI), der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL), der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM) und der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister (Agv MoVe). Sie haben auch eigene Gremien zur SVI gebildet wie Bitkom den Arbeitskreis Verteidi-

gung. Es gibt gemeinsame Erklärungen von BDI und BDSV und des BDSV mit anderen Branchenverbänden. Wie der BDSV und vor allem der BDI sind auch dessen Mitgliedsverbände eingetragene Vereine. 15 Landesvertretungen sorgen dafür, dass die «Interessen der Industrie» auch auf regionaler Ebene vertreten werden. Neben seinem Hauptsitz im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin verfügt der BDI über weitere Büros. Seine Erträge lagen 2021 bei 27,3 Millionen Euro, wovon 26,6 Millionen Euro auf Beitragseinnahmen entfielen. Darüber hinaus wird der Verband vom aus etwa 80 Unternehmen bestehenden Förderkreis der Deutschen Industrie e. V.⁷ finanziell unterstützt. Der Förderkreis ist im Präsidium des BDI vertreten.⁸ Der BDI ist international präsent mit Standorten in Brüssel, Washington und Peking. Die acht derzeitigen Top-Managerinnen und -Manager aus Deutschland, die dem European Round Table of Industrialists (ERT) mit insgesamt 57 Mitgliedern angehören, repräsentieren ausschließlich Unternehmen, die in den BDI-Mitgliederverbänden vertreten sind. ERT-Mitglieder sind unter anderem ein bis 2020 leitender BDI-Funktionär (Leonhard Birnbaum, E.on) und ein gegenwärtiger BDI-Spitzenvertreter (Oliver Zipse, BMW Group).⁹

So wie in Deutschland der BDI offiziell in allen ökonomisch bedeutsamen Gesetzgebungsprozessen gehört wird – so zum Beispiel beim Gesetzgebungsverfahren zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten¹⁰ –, pflegen auch die Europäische Kommission und der ERT eine enge Kooperation. Der ERT ergreift mehr oder weniger «hinter den Kulissen» nicht zuletzt die Initiative zu Gesetzgebungsprozessen. Der hieran mehr oder weniger direkt beteiligte BDI beschäftigt sich mit wirtschaftspolitisch bedeutsamen Themen in insgesamt 18 Ausschüssen: Außenwirtschaft, Digitale Wirtschaft, Telekommunikation und Medien, Energie- und Klimapolitik, Geld, Kredit und Währung, Gesundheitswirtschaft, Öffentliches Auftragswesen, Recht, gewerblicher Rechtsschutz, Rohstoffpolitik, Sicherheit, Steuern, Umwelt, Technik und Nachhaltigkeit, Verbraucherpolitik, Verkehr, Wettbewerbsordnung, Bildung und Mittelstand.¹¹ Der Verband hat eigene Forschungskapazitäten und breite kommerzielle und nichtkommerzielle Kooperationsbeziehungen.¹² Er bzw. seine Mitgliederverbände, die formell über das BDI-Präsidium und die Ausschüsse koordiniert werden, stützen sich in ihren Aktivitäten auf eine Bundesgeschäftsstelle. Sie sind

5 <https://bdi.eu/der-bdi/organisation/satzung>

6 www.bdsv.eu/home.html

7 www.industrie-foerderkreis.de/de

8 https://lobbypedia.de/wiki/Bundesverband_der_deutschen_Industrie, siehe ferner Einträge des BDI unter: www.lobbyregister.bundestag.de/suche?q=Bundesverband+der+deutschen+Industrie&searchReferer=%2Fstartseite&filter%5BactiveLobbyist%5D%5Btrue%5D=true

9 <https://ert.eu/members>

10 BDI: Gesetz zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten (GDNG). Kommentierung zum Referentenentwurf, Berlin 2023.

11 <https://bdi.eu/der-bdi/organisation/ausschuesse>

12 Offiziell: <https://bdi.eu/der-bdi/netzwerk>

mit allen für sie relevanten staatlichen, parlamentarischen und politischen Akteuren im Austausch.

Da es im Folgenden nur darum gehen kann, einige Momente des BDI als gesellschaftspolitischem Akteur zu diskutieren, fokussiert dieser Text auf den BDI als relevantem Akteur zum einen für die Herausbildung und Realisierung neoliberaler Politik und zum anderen für die Tendenz zur Stärkung des Militärischen in Wirtschaft und Gesellschaft, für die Genesis und Realisierung der «Zeitenwende». Die Diskussion dieser Tendenz nimmt im Verlauf des Textes immer mehr Raum ein, was mit der Entwicklung der herrschenden Politik und so der «Zeitenwende» zusammenhängt.

Im Folgenden wird kurz auf die Problematik Fortdauer oder Ende «des Neoliberalismus» eingegangen und das Neue herausgestellt. Anschließend werden Elemente der Genesis neoliberaler Politik, von ihr geprägte Entwicklungen und die «Zeitenwende» behandelt. Die Darlegungen zeigen zum einen, dass wirtschafts- und gesellschaftspolitisch der Einfluss

des BDI tendenziell gewachsen ist, wofür die politischen Regierungsprojekte «Konzertierte Aktion», das «Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit», das weiterhin laufende «Bündnis für Zukunft der Industrie» und insbesondere die «Agenda 2010» relevant waren bzw. sind. Zum anderen zeigt die kurze historische Reflexion, dass mit diesen Bündnissen das Gewicht der SVI zugenommen hat und gegenwärtig weiter wächst. Dabei wird nicht zuletzt auch deutlich, dass der Beschluss zum Sondervermögen für die Kräftigung der Bundeswehr keine originäre Reaktion auf den brutalen russischen Krieg gegen die Ukraine ist.¹³ Der Text mündet in einige Schlussfolgerungen, die an Luxemburgs Gedanken zur «erfolgreichen Kampfpolitik» anknüpfen und auf ein neues Bündnis emanzipativ-solidarischer Kräfte zielen. Ein derartiges Bündnis wäre die Voraussetzung für eine «Zeitenwende» hin zu gerechten und nachhaltigen Lösungen für gesellschaftliche und globale Probleme, zur demokratischen und solidarischen Abwendung des ökologischen Kollapses.

13 Solty, Ingar: Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 9. Mai 2022, Berlin 2022, S. 1, 5–8.

1 ENDE «DES NEOLIBERALISMUS» IN DER REGIERUNGSPOLITIK?

«Nur die Form, worin [...] Mehrarbeit dem unmittelbaren Produzenten, dem Arbeiter, abgepreßt wird, unterscheidet die ökonomischen Gesellschaftsformationen, z. B. die Gesellschaft der Sklaverei von der der Lohnarbeit.»¹⁴ Allerdings gibt es innerhalb der ökonomischen Formationen Entwicklungen, die die Art und Weise, in der modernisierende Ausbeuter sich dynamisch wandelnde Arbeitskräfte ausbeuten, verändern. Ausgangspunkte dafür sind technisch-technologische Neuerungen, Veränderungen in der Arbeitsorganisation, Proteste der Ausgebeuteten und Erschütterungen des gesellschaftlichen Lebens durch Kriege, Krisen und Kulturkämpfe. Für die neoliberal forcierte Ausbeutung ist typisch, dass die für die primäre Ausbeutung erforderlichen Geld- bzw. Kreditmittel weitgehend über Finanzmärkte mobilisiert werden und dass über diese Finanzmärkte zusätzlich sekundäre Ausbeutung betrieben wird. Der Begriff «primäre Ausbeutung» steht für die äquivalentlose Aneignung von durch die Arbeitskräfte erbrachten Arbeitsleistungen seitens der Eigentümer an Produktionsmitteln (die dafür wiederum andere beauftragen können). «Sekundäre Ausbeutung» meint, dass über die Zirkulation nochmals Arbeitseinkommen, Vermögen und Eigentum zugunsten der ökonomisch Stärkeren umverteilt werden, insbesondere über Zinsen, Monopolpreise und Patente. Ein Teil des privat angeeigneten Aufkommens aus der sekundären Ausbeutung geht direkt ein in die Mobilisierung und Organisation neuer Mehrarbeit in der gesellschaftlichen Produktion. Ein Teil der Profite aus der primären Ausbeutung wird für die Realisierung weiterer sekundärer Ausbeutung eingesetzt. Für die Verallgemeinerung und die – im Sinne der Profitmaximierung – Optimierung des Zusammenspiels von primärer und sekundärer Ausbeutung sind folgende zusammengehörige Bedingungen entscheidend: a) dazu fähige und daran interessierte Eigentümer/Unternehmer in der Produktions- und Finanzsphäre bzw. Kapitalverwertungsgemeinschaften, b) mikroelektronisch gestützte Informations- und Kommunikationstechnologien, c) expandierte Märkte durch Produktivitätssteigerung, Liberalisierung, Kommerzialisierung, Privatisierung des Öffentlichen, auch und insbesondere der sozialen Sicherungssysteme, durch Freihandels- und Investi-

tionsschutzabkommen, vielfach in Kombination mit Finanzanleihen, d) relativ verselbstständigte Finanzmärkte, e) geistige Eigentumsrechte, Abbau kollektiver sozialer und demokratischer Rechte bzw. Mehrung der sozialen Pflichten der Individuen, schwache bzw. geschwächte Gewerkschaften.

Für die Realisierung dieser Bedingungen steht in Deutschland wesentlich der BDI mit seinen Mitgliederverbänden und Wechselverhältnissen zu staatlichen Akteuren in Schlüsselpositionen, zu Regierenden bzw. Regierungen, sie tragenden Parteien und Partnern. «Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus»¹⁵ ist in der Macht der insbesondere transnational agierenden Konzerne über das öffentliche Leben begründet.¹⁶ In den letzten Jahren und insbesondere seit dem 24. Februar 2022 können keine strukturellen Brüche in den Bedingungen für neoliberale Politik und Entwicklung ausgemacht werden – trotz einiger konkreter Maßnahmen zur Bankenregulierung, gegen Steuerflucht und Geldwäsche, zur Einschränkung und Verhinderung konkreter sozialer Härten, zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen auf staatlicher und EU-Ebene, zur selektiven Stärkung ökologischer Standards und individueller Rechte.

Verwiesen werden muss auf die vor allem in den letzten 25 bis 30 Jahren noch dynamischer, komplexer und signifikanter gewordenen Finanzmärkte. Trotz globaler Finanzkrisen gab es bis Ende 2022 weniger Handels- und Kapitalregulierungen und mehr globale Finanztransaktionen und Zahlungssysteme als zuvor. So hat sich insbesondere der Forex-Markt¹⁷ in den letzten Jahrzehnten expansiv entwickelt, was sich in seinem durchschnittlichen Handelsvolumen ausdrückt. Es stieg von 5 Milliarden US-Dollar im Frühjahr des Jahres 1977 auf 7,5 Billionen US-Dollar im Frühjahr 2022 (siehe Abb. 1).

Der Forex-Markt ist der am schnellsten wachsende und der weltweit größte Finanzmarkt.¹⁸ In der Eurozone ist der Finanzsektor in Relation zur Wirtschaftsleistung heute doppelt so groß wie vor 20 Jahren.¹⁹ Ende März 2022 war die Marktkapitalisierung der weltweit mächtigsten Unternehmen gegenüber Ende März 2021 um 11 Prozent auf 35,16 Billionen US-Dollar gestiegen. Diesen Unternehmen gelang es 2022 weitgehend, wieder das Niveau von vor dem 19. März

14 Marx, Karl: Das Kapital. Erster Band: Der Produktionsprozess des Kapitals, Berlin 1962 [1867, 1890], S. 231.

15 Crouch, Colin: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin 2011.

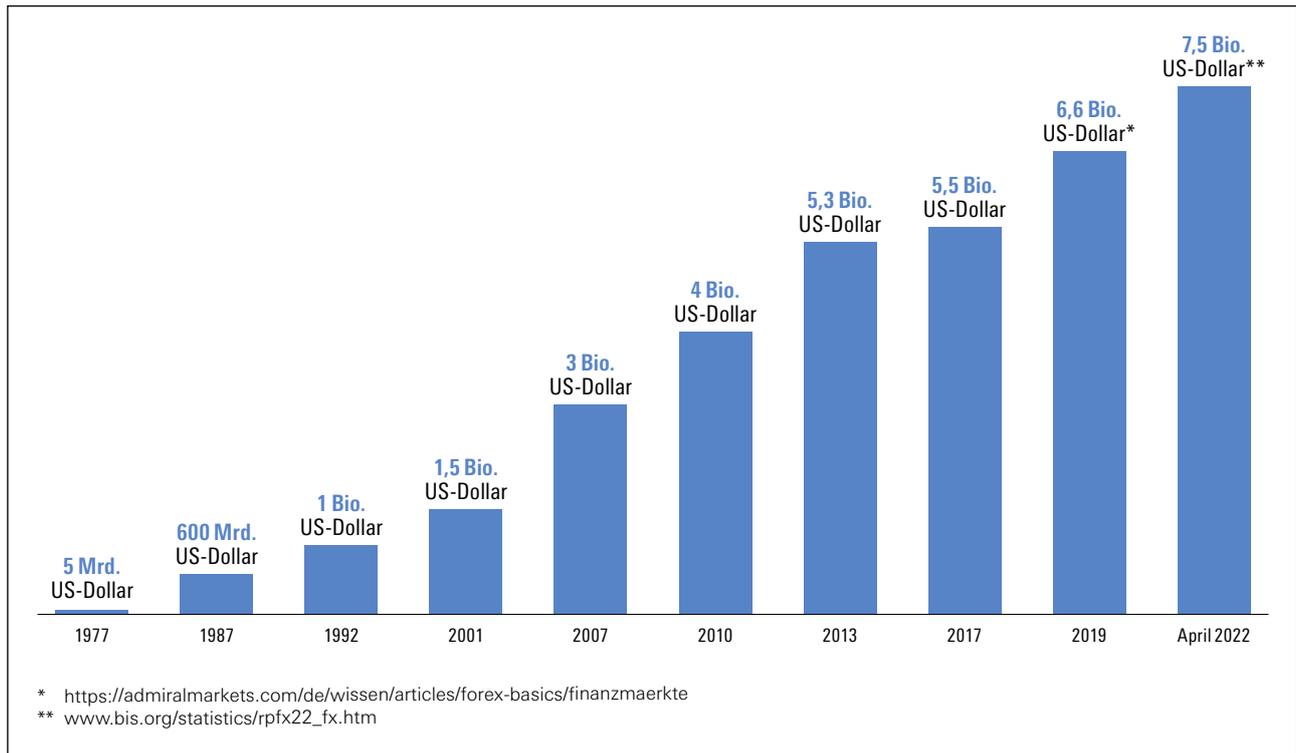
16 Ebd., S. 12–15.

17 Privatpersonen, Firmen und Banken führen täglich Forex-Transaktionen im Wert von rund 6,6 Billionen US-Dollar aus. Der Großteil des Währungsumtausches wird profitbringend von Forex-Tradern realisiert. Siehe www.ig.com/de/forex/was-ist-forex-und-wie-wird-es-gehandelt

18 <https://admiralmarkets.com/de/wissen/articles/forex-basics/finanzmaerkte>

19 www.finanzwende-recherche.de/unsere-themen/entkopplung-von-real-und-finanzwirtschaft

Abbildung 1: Entwicklung des Forex-Markts



Quelle: eigene Darstellung

2020 (Covid-19-Lockdowns) zu erreichen. Das betrifft Apple, Microsoft, Aramco, Alphabet, Google, Amazon, Berkshire Hathaway, UnitedHealth, Johnson & Johnson, Tesla und Visa.²⁰ In den letzten zehn Jahren erzielten die Konzerne in der US-Rüstungsindustrie Renditen, die deutlich die Renditen des S&P 500 übertrafen.²¹

Es gibt keinen strukturellen Bruch mit

- Austerität im Sinne von Restriktionen einer Haushaltspolitik zuungunsten öffentlicher reproduktiver Ausgaben und von Investitionen für sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung;
- einer Verteilungspolitik zuungunsten der großen Profiteure, Reichen und Wohlhabenden;
- der wirtschaftspolitischen Privilegierung privater Erbringer von Human- und Infrastrukturdienstleistungen;
- der Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen;
- der Mobilisierung privater liquider Finanzmittel für profitable Geschäftsmodelle in Kooperation

mit Akteuren des öffentlichen Sektors (PPP- bzw. ÖPP-Konstruktionen);

- dem Kurs auf «globale Handlungsfähigkeit» mit ihren militärischen und handelspolitischen Dimensionen. Die Staatsausgaben sollen im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse liegen. Dass es für die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung breite Unterstützung seitens der deutschen Ökonomeninnen und Ökonomen gibt, zeigt eine Umfrage der Zeitung *Die Zeit* vom Sommer 2023.²² Der BDI ist insgesamt unzufrieden, denn er beklagt einen Mangel an aktiver Wachstumspolitik.²³ Die Verteidigungsausgaben aber werden ein Rekordhoch erreichen.²⁴ Der Bundesverteidigungsminister verbindet Zukunft mit «Kriegstüchtigkeit»²⁵ und erklärte in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag Ende Januar 2024: «Nur ein planbar aufsteigender Verteidigungshaushalt macht den Kraftakt des Sondervermögens wirklich zukunftsfest. Wir brauchen dauerhaft mindestens zwei Prozent unseres Brut-

20 Mora, Carolina: What are the Top 10 Most Valuable Companies in the World 2023?, in: Admiral Markets, 12.1.2024, unter: <https://admiralmarkets.com/education/articles/shares/most-valuable-companies>

21 Herger, Patrick: Russland sorgt für Rekorde bei Rüstungsfirmen, in: Handelszeitung, 8.3.2022, unter: www.handelszeitung.ch/musterportfolios/borsennews/russland-sorgt-fur-rekorde-bei-rustungsfirmen-363507. Der S&P 500 ist ein Aktienindex, der die Aktien von 500 der größten börsennotierten US-amerikanischen Unternehmen umfasst.

22 Van Gaal, Wester: EU's biggest economy set to approve austerity budget, in: euobserver, 5.7.2023, unter: https://euobserver.com/green-economy/157232?utm_source=euobs&utm_medium=email

23 <https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/bdi-konjunkturell-stillstand-in-deutschland-abstand-zur-weltwirtschaft-vergroessert-sich>

24 www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw03-pa-haushalt-bereinigung-982918

25 www.bmvg.de/de/mediathek/verteidigungsminister-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-5701664

toinlandsproduktes, um die Bundeswehr auf die Anforderungen der Zeitenwende auszurichten und die Fähigkeitsziele der Nato zu erfüllen.»²⁶

Im Sommer 2022 nahmen die Europäische Union und Indien erneut Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen auf. Sie verhandeln ebenfalls über ein Investitionsschutzabkommen sowie ein Abkommen zum Schutz geografischer Herkunftsangaben. Von 2018 bis April 2023 fanden 15 Verhandlungsrunden zwischen der EU und Australien statt. Verhandelt wird darüber hinaus mit Indonesien, den Mercosur-Staaten und Thailand. Die meisten EU-Mitgliedsländer haben das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada ratifiziert.²⁷ Die Realisierung dieser Abkommen bedeutet, dass die Partnerstaaten zu Marktliberalisierungen verpflichtet werden, die zur Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen führen, dass inländische Unternehmen und ökonomische Existenzen mit sie ruinierender ausländischer Konkurrenz konfrontiert werden. Damit einher gehen Konzentrations- und Zentralisierungsprozesse von Kapital und ökonomischen Ressourcen, wachsende Transportwege, forcierte ökologische Zerstörung, Gesetze gegen «Störungen» und ihre Verursacher.

Insbesondere muss darauf verwiesen werden, dass seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie die soziale²⁸ und globale²⁹ Ungleichheit erneut gewachsen ist, eine Patent- und Impfstoffpolitik zuungunsten der global Ärmsten betrieben wurde und wird.³⁰ Diese sozialen und globalen Probleme sind mit den Ernährungs³¹- und Energiekrisen³² sowie der Vertreibung von Menschen in und aus der Ukraine noch gewachsen.

Ohne all diese tragischen Tatsachen zu relativieren, wird hier lediglich resümiert: Neoliberale Politik mit ihren Auswirkungen auf die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung wird weiterhin praktiziert, weil die politischen Kräfteverhältnisse so sind, dass die neoliberalen Akteure ihre Interessen durchsetzen können und weil diese in der Lage sind, ihre Politik anpassungsfähig und flexibel zu handhaben. Die herausgebildeten strukturellen Entwicklungen bzw. Ergebnisse einer neoliberal forcierten Globalisierung

könnten selbst bei einem realen Politikwechsel nicht im Verlaufe weniger Jahre überwunden werden. Aber neoliberale Politik muss nicht zwangsläufig und umfassend weitere Globalisierung bedeuten. Relativ neu sind zwei widersprüchlich miteinander verbundene Tatsachen, die der Globalisierung zuwider wirken: 1) Die Entgrenzung betrieblicher Prozesse hat relevant an Tempo verloren. Insbesondere aus Gründen der Logistik und Unsicherheit von Standorten erwies es sich als geeignet, Transportstrecken zu verkürzen und Betriebsprozesse umzugestalten, konkrete Produktion wieder zurückzuverlegen. Die Covid-19-Pandemie beförderte derartige Maßnahmen und Strategien.³³ 2) Nicht erst, aber insbesondere seit der jüngsten Zuspitzung der Konfrontation zwischen «dem Westen» einerseits und Russland und China andererseits wird neoliberale Politik zunehmend mit Geopolitik verbunden bzw. Globalstrategien untergeordnet. «Die westlichen Sanktionen haben auch für Europa hohe Kosten, weil es sich in einseitige Abhängigkeiten von Rohstoffen und Energie begeben hat. Digitalisierung und Klimawandel sind der Ausweg, den Deutschland und seine westlichen Partner für Wohlstand aber auch Sicherheit in Zukunft beschreiten müssen. Dabei gibt es zwei Schlüsselemente: Diversifizierung und Obacht bei der Wahl der Handelspartner einerseits, technologische Modernisierung und grünes Wirtschaften andererseits. Deshalb sollte das demokratische Europa bei seiner geopolitischen Ausrichtung einen grünen Marshallplan für die europäischen Ringstaaten, wie Ukraine und Moldau, mitdenken. Der Teil der Energietransformation sollte je nach Ausgang des Kriegs sogar Russland offenstehen. Gleichzeitig müssen die Sanktionen erhalten bleiben oder sich schnell reaktivieren lassen», heißt es von der Stiftung Wirtschaft und Politik und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik,³⁴ die insbesondere die Bundesregierung beraten. Das bedeutet, neue Wirtschaftsräume werden erschlossen, alte wachsen, andere werden abgekoppelt und ausgeschlossen. Immer werden konkrete wirtschaftliche Akteure und Ressourcen zerstört, da Unternehmen ihre wirtschaftliche Grundlage durch Konkurrenz oder Wirtschaftskrieg verlieren.

26 Pistorius, Boris: Rede zum Haushaltsgesetz 2024 vor dem Deutschen Bundestag am 31. Januar 2024 in Berlin, unter: www.bundesregierung.de/bregde/service/newsletter-und-abos/bulletin/verteidigungsminister-haushalt-2257432

27 Hoffmann, Melanie: Die wichtigsten EU-Freihandelsabkommen im Überblick, in: Germany Trade & Invest, 2.5.2023, unter: www.gtai.de/de/trade/eu/zoll/die-wichtigsten-eu-freihandelsabkommen-im-ueberblick--541366

28 www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2021/2021-03-11-Presskonferenz-Datenreport-2021-Mehr-soziale-Ungleichheit-in-Corona-Zeiten.html

29 Dauderstädt, Michael: Covid-19 und die globale Ungleichheit: Übertriebene Ängste?, in: Welternährung. Das Fachjournal der Welthungerhilfe 12/2021, unter: www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/klima-ressourcen/verschaeft-covid-19-die-globale-ungleichheit

30 Beelen, Emma Sophie: Eine ungerechte Verteilung von Impfstoffen gegen Covid-19 verschärft globale Ungleichheiten, in: Save the Children, 20.2.2021, unter: www.savethechildren.de/news/eine-ungerechte-verteilung-von-impfstoffen-gegen-covid-19-verschaerft-globale-ungleichheiten

31 Bryant, Elizabeth: War in Ukraine: How a humanitarian tragedy fed a global hunger crisis, in: Saving Lives. Changing Lives, 24.2.2023, unter: www.wfp.org/stories/war-ukraine-how-humanitarian-tragedy-fed-global-hunger-crisis#:~:text=The%20war%20in%20Ukraine%20has%20also%20intensified%20a%20broader%20food,communities%20in%20Africa%20and%20elsewhere

32 Tollefson, Jeff: What the war in the Ukraine means for energy, climate and food, in: Nature, 5.4.2022, unter: www.nature.com/articles/d41586-022-00969-9; www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-response-ukraine-invasion/impact-of-russia-s-invasion-of-ukraine-on-the-markets-eu-response

33 https://health.ec.europa.eu/medicinal-products/pharmaceutical-strategy-europe_en

34 Major, Claudia/Mölling, Christian: Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr, in: Zeit Online, 24.3.2022, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/russland-kooperative-sicherheitsordnung-krieg-ukraine-deutschland

Und von Neuem werden dadurch soziale Probleme und Gewalt befördert, Erderhitzung und Biodiversitätsschwund forciert – trotz des Attributs «grün». «Die EU sollte gezielter die Länder einbinden, die Russland als seine Einflusssphäre begreift [...]: vom Balkan über Moldau bis zur Ukraine und Belarus. Es braucht eine EU, die ihren Anspruch als geopolitische Akteurin umsetzt und zugleich akzeptiert, dass es hierfür Partner braucht: etwa Großbritannien oder die Türkei. Zugleich sollten die EU-Staaten die Idee des «Westens» neu etablieren: [...] es geht weltweit um Staaten, die Ideen und Prinzipien teilen, wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehören die transatlantischen Partner USA und Kanada, aber auch Japan, Australien und all jene, die sich zu diesen Prinzipien bekennen.»³⁵ Prinzipien dürfen dann beliebig ausgelegt und selektiv angewandt werden, wenn sich das günstig für einen selbst erweist.

Dies verändert Globalisierung, beschränkt bzw. begrenzt sie, aber bedeutet keinesfalls zwangsläufig das Ende neoliberaler Politik und eines durch sie geformten gesellschaftlichen Wirtschaftslebens. Deshalb sollten linke bzw. sozialistische Akteure an seit Jahren erhobenen Forderungen, die zum Kristallisationspunkt für politische Bündnisse wurden, festhalten und diese gegebenenfalls fortschreiben. Dazu gehören Forderungen nach:

- Regulierung und Schrumpfung von Finanzmärkten; dabei ist die gezielte Auseinandersetzung mit den Akteuren hinter den Finanzmärkten thematisiert;
- Stopp der Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Eigentum von unten nach oben und Ein-

leitung einer strukturellen Umverteilung von oben nach unten und zugleich einer globalen Umverteilung zugunsten der global Ärmsten und Armen;

- einer Regulierung der Unternehmen, insbesondere der transnationalen Konzerne, die systematisch sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungen ermöglicht;
- Verhinderung weiterer Kommerzialisierung und Privatisierung des Öffentlichen, von sozial und ökologisch zerstörerischen Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, von ökonomischen und militärischen Großprojekten, die enorme Ressourcen verschlingen, soziale und ökologische Zerstörung forcieren, solidarische und nachhaltige Problemlösungen verstellen bzw. verunmöglichen;
- Einführung bzw. systematischer Stärkung von demokratischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Rechten für Individuen und Kollektive in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem aber in (transnationalen) Unternehmen und der Ökonomie insgesamt;
- Demokratisierung und Stärkung des Öffentlichen, Entwicklung solidarischer, von den Finanzmärkten abgekoppelter bzw. getrennter sozialer Sicherheitssysteme, um Armut, soziale Ausgrenzung und soziale Unsicherheit zu bekämpfen.

Diese Forderungen und die mit ihnen verbundenen Bündnisse sind mögliche Ausgangspunkte für ein Bündnis zur «Zeitenwende» hin zu gerechten und solidarischen Lösungen gesellschaftlicher und globaler Probleme und zu sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung.

35 Ebd.

2 ZUR ROLLE DES BDI BEI DER GENESIS UND REALISIERUNG VON «NEOLIBERALISMUS» UND «ZEITENWENDE»

Allein die Frage nach der Rolle des BDI für die Entwicklung der «Verteidigungswirtschaft» in der Bundesrepublik weicht von einer in der bundesdeutschen Literatur weit verbreiteten Herangehensweise ab. Es ist eher üblich, den politischen Einfluss des BDI an der Umsetzung seiner (späteren) ordnungspolitischen Positionen zu messen.³⁶ Nach Ansicht des BDI muss der Gesetzgeber «einen ausgewogenen Ausgleich zwischen gebotener Reglementierung und Eigenverantwortung sowie zwischen Unternehmensautonomie und sozialem Ausgleich finden [...] Jeder staatliche Eingriff in die Freiheit von Bürgern und Unternehmen bedarf der Rechtfertigung [...] Nationale und europäische Regelungen [belasten] zunehmend die Wirtschaft. Das betrifft nicht nur das unternehmerische Handeln nach außen, sondern auch interne Entscheidungsprozesse und Strukturen in den Unternehmen. Als Beispiele sind die Geschlechterquote für Aufsichtsräte oder die Berichtspflichten zum sozialen Engagement zu nennen [...] Die Politik tut sich schwer mit unternehmensfreundlicher Gesetzgebung [...] Dass in der Marktwirtschaft aber weniger (Regulierung) mehr (Wohlstand) bedeuten kann, ist eine Überzeugung, die wieder mehrheitsfähig werden sollte», heißt es auf der aktuellen Website des BDI.³⁷ In den ersten Jahrzehnten seiner Existenz erklärte der BDI hingegen sein Selbstverständnis keineswegs vor allem ordnungspolitisch. Aber von Anfang an betrieb er das Lobbying für die Exportinteressen der westdeutschen Industrie, die Erschließung und Nutzung politischer Einflussmöglichkeiten bis hin zu Personalentscheidungen für Spitzenämter. Zu Recht resümierte Wolfram Kaiser, dass die BDI-Politik seit seiner Gründung im Jahr 1949 noch über Jahrzehnte hinweg (siehe Anmerkung am Ende des Textes) «nur rudimentär ordnungspolitisch motiviert» war, aber «dezidiert pragmatisch auf die Sicherung von Exportinteressen, den Schutz gegen tatsächlich oder vermeintlich unlauteren Wettbewerb aus Billiglohnländern und die Einhaltung des verbandlichen Konsenses» orientierte.³⁸ Eine unverhohlene politische Intervention des BDI richtete sich gegen den eher kurzzeitigen Wirtschafts- und Finanzminister Oskar Lafontaine (damals SPD). So erklärte der Hauptge-

schäftsführer des BDI Ludolf von Wartenberg auf einem Kongress am 12. März 1999 zu Lafontaines Rücktritt am Vortag: «Nur auf Grund des geschlossenen und von uns koordinierten Widerstandes ist das Ereignis von gestern eingetreten. Machen wir uns nichts vor. Dies ist das Ergebnis eines wirtschaftspolitischen, von Verbänden organisierten Drucks.»³⁹ Dieses Ereignis spricht zusätzlich für eine Reflexion der Geschichte des BDI, insbesondere seiner Anfangszeit.

2.1 ZUR GESCHICHTE DES BDI ALS POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER AKTEUR DER BUNDESREPUBLIK

Der BDI (offizieller Name seit 1950) war von Beginn an (siehe Anmerkung am Ende des Textes) ein außenpolitischer und noch relevanter ein außenwirtschaftlicher Akteur, der einerseits die Exportinteressen der westdeutschen Industrieunternehmen verfolgte. Andererseits wollte er den Ängsten vor deutscher Wirtschaftsstärke Rechnung tragen und verstand eine den Besatzungsmächten, insbesondere den USA, genehme westdeutsche Außenpolitik als Bedingung für Erfolg. «Erfolg» meint Profite, wirtschaftliche Prosperität, wirtschaftspolitische und politische Gestaltungsmacht. Hier gab es eine Interessenübereinstimmung mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, zu dem der erste und langjährige BDI-Präsident Fritz Berg bereits vor Gründung des Bundesverbandes 1949 ein Vertrauensverhältnis entwickelt hatte. Berg selbst war anpassungsfähig, antisozial und schreckte später selbst vor Forderungen nach Gewalt gegen Streikende nicht zurück.⁴⁰ Sein Einfluss auf Adenauer wuchs in den Folgejahren.⁴¹ Vier Faktoren prägten ihre außenpolitische Strategie: das Bekenntnis zum «Westen», das Eintreten für ein einiges Europa als Voraussetzung für eine deutsche Einigung, die Verständigung mit Frankreich und das bereits erwähnte gute Verhältnis zu den USA.⁴² Es war für die westdeutschen Industriellen nicht schwierig, im Rahmen dieser Prämissen die eigenen Interessen zu verfolgen. Allerdings gab es auch Interessenwidersprüche.

36 Siehe z. B. Mann, Siegfried: Macht und Ohnmacht der Verbände: Das Beispiel des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) aus empirisch-analytischer Sicht, Baden-Baden 1994.

37 <https://bdi.eu/themenfelder/recht-und-wettbewerb/recht-schafft-wohlstand>

38 Kaiser, Wolfram: Europäisch und pragmatisch: Der Bundesverband der Deutschen Industrie, Europa und die Welt 1949–1973, in: Bühner, Werner/Grande, Edgar (Hrsg.): Unternehmerverbände und Staat in Deutschland, Baden-Baden 2000, S. 119–131, hier S. 119.

39 Podiumsdiskussion: «Zukunft der Verbände», in: Bühner/Grande: Unternehmerverbände, S. 165–187, hier S. 176.

40 Bähr, Johannes/Kopper, Christopher: Industrie, Politik, Gesellschaft. Der BDI und seine Vorgänger, Göttingen 2019, S. 259, 271.

41 Ebd., S. 209.

42 Bühner, Werner: Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/1992, S. 243.

Die Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) war nicht nur die erste europäische Organisation, in der die Bundesrepublik Deutschland alle Mitgliedsrechte wahrnehmen konnte, sondern sie war für den BDI von hoher Wichtigkeit, nicht zuletzt für die eigene Wertschätzung. Hingegen äußerte man BDI-intern Kritik am Marshallplan, weil dieser den Aufbau der nationalen Industrien so förderte, dass die Empfängerländer nicht voll souverän handeln konnten. Das Souveränitätskriterium war auch die entscheidende Ursache dafür, dass im BDI die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)⁴³ ebenfalls vielfach kritisch gesehen wurde. Dass man die eigene Kritik nicht offensiv artikulierte, lag an der gemeinsam mit der Bundesregierung geteilten Hoffnung, über die Montanunion eine Aufhebung der Kontrollen durch die Westalliierten und der Beschränkungen für den Neuaufbau der Grundstoffindustrie zu erlangen. Bedenken gegenüber supranationalen Strukturen, Verallgemeinerung der sektoralen Integration und «Dirigismus» begegnete der BDI im Allgemeinen nicht mit offener Kritik, sondern vor allem taktisch: indem er einerseits Verständnis insbesondere für die französischen Partner zeigte und andererseits für die Liberalisierung in der Industrie und den allmählichen Abbau der Zollsätze eintrat. Man wollte westeuropäische wirtschaftliche Integration als Weg zu künftiger weltwirtschaftlicher Integration. Zugleich erhoffte der BDI für die Bundesrepublik und sich Profite und Positionsgewinne durch Teilhabe an westlicher bzw. transatlantischer militärischer Integration. Da eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zunächst verstellt war, bemühte man sich um Gefälligkeiten und Unterstützung für das US-Militär in Westdeutschland. Das BDI-Präsidium beschloss im Juli 1952, den «Arbeitskreis für Rüstungsfragen» einzurichten. Rüstung wurde zu einem integralen Bestandteil der BDI-Politik und -Praxis. Neben der NATO-Sicherheitsgarantie setzte der BDI auf weiteren US-amerikanischen Beistand, um Produktivitätsrückstände aufzuholen, mehr ausländische, insbesondere US-amerikanische Kapitalinvestitionen zu realisieren und um den Dollarmangel überwinden zu können. Auf protektionistische Tendenzen in den USA reagierte man mit Sorge und eher zurückhaltender Kritik. Den im Oktober 1954 abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit den USA begrüßte man rückhaltlos, wenngleich die ökonomischen Wirkungen eher bescheiden waren. Während der BDI und die Bundesregierung die Wertschätzung aller Beziehungen mit den USA uneingeschränkt teilten, gab es Interessenwidersprüche beim Osthandel und bei der Rücksichtnahme auf

französische Befindlichkeiten. Die Warenausfuhr nach Osteuropa hatte zwischen 1928 und 1933 einen Anteil von circa 18 Prozent am deutschen Gesamtexport und seine Wiederbelebung und Erneuerung hätten die westdeutsche Industrie der 1950er-Jahre und vor allem deren Zahlungsbilanz bedeutend gestärkt. Hier sahen sich der BDI und seine Mitglieder in ihren wirtschaftlichen Interessen eingeschränkt. Sie wurden dennoch selbstbewusster, forderten mehr politischen Beistand und setzten sich tendenziell durch: Der Osthandel expandierte zwischen 1953 und 1958 wesentlich erfolgreicher als der Handel mit den westeuropäischen Ländern. Die Aufforderung der USA, aktive Wirtschaftsbeziehungen zu Entwicklungsländern auf- und auszubauen, nahm der BDI aufgeschlossen an.

Wegen der starken Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Außenhandel und vor allem von Exporten drängte der BDI konsequent darauf, die Handels-, Valuta- und Wirtschaftspolitik der NATO-Mitgliedsländer zu harmonisieren, um die Währungen konvertibel gestalten zu können. Allerdings wollten die Köpfe des BDI bilaterale Vereinbarungen nicht zugunsten multilateraler Regeln opfern, wenn dabei der Verzicht auf Privilegien drohte. In der Debatte zur westeuropäischen Integration lehnten der BDI und seine Mitgliedsverbände über Jahrzehnte hinweg immer wieder supranationale Instrumente ab. Auch und insbesondere in dieser Frage funktionierten die informellen Beziehungen zu Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (bis 1963). Die Bemühungen des BDI, einen westeuropäischen Weg auf dem Gebiet der Atomtechnik zu verhindern, scheiterten jedoch an der US-Regierung. In den Beratungen und Verhandlungen zur westeuropäischen Integration gelang es dem BDI, so Einfluss auf die deutschen Verhandlungsführer zu nehmen, dass tendenziell eher marktwirtschaftliche Lösungen als supranationale Steuerung durchgesetzt wurden. Hinter den Kulissen arbeitete man am Junktim von EURATOM und Gemeinsamen Markt. Dass man nach Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1955 an der Ausgestaltung der Wirtschaftsgemeinschaft mitwirkte, lag primär an den Vorteilen des Gemeinsamen Marktes. Aber immer waren Regierung, Militär und BDI darauf bedacht, das rückhaltlose Interesse an der gemeinsamen Sicherheitspolitik und der Rüstungszusammenarbeit zu bekunden und zu beweisen. Der BDI organisierte eine intensive Zusammenarbeit zwischen Repräsentanten der NATO und der Rüstungsindustrie. Zugleich engagierte er sich für eine westeuropäische Freihandelszone und argu-

43 Die EGKS, entstanden auf Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman, zielte auf die Integration der Montanindustrien Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens und der Beneluxstaaten.

mentierte gegen eine Aufspaltung der OEEC in einen EWG-Block und einen Nicht-EWG-Block. Zum Dritten entwickelte er eigene transatlantische und weltwirtschaftliche Beziehungen und konnte in Kooperation mit der Bundesregierung 1958 die Konvertibilität der Deutschen Mark gegenüber den wichtigsten Weltwährungen durchsetzen.⁴⁴

Für die Suche und Nutzung von Möglichkeiten der politischen Einflussnahme, der Stärkung der Wirtschafts- und Exportkraft der eigenen Unternehmen und der westdeutschen Industrie, der zunehmenden Rolle der Bundesrepublik in Westeuropa in den westlichen ökonomischen, politischen und militärischen Bündnissen entwickelte der BDI mit seinen Mitgliedsverbänden Personennetzwerke und «Drehtüren» zwischen wirtschaftlichen, staatlichen, politischen und militärischen Gremien sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Die Spitzen von Rüstungsunternehmen gründeten 1957 auf Initiative des damals geschaffenen Bundesministeriums für Verteidigung eine weitere Arbeitsgemeinschaft und bauten diese zehn Jahre später zur Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. (DWT) mit eigener Satzung aus. Sie fungierte als Forum für den Austausch und den «kurzen Draht» zwischen Produzenten und Militärs sowie politischen und staatlichen Akteuren.⁴⁵

Während die Rüstungsfirmen neue Strukturen schufen, gründeten die an der westeuropäischen Integration beteiligten Staaten und in ihnen agierende Unternehmen bzw. Unternehmerverbände weitere Institutionen. Für die westdeutsche Rolle in ihnen und für die Entwicklung der Bundesrepublik mit ihrer Wirtschaft sind drei von der Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung bzw. Beteiligung initiierte Bündnisse zwischen Regierung, «Wirtschaft» und Gewerkschaften relevant sowie insbesondere die «Agenda 2010».

2.2 DREI BUNDESPOLITISCHE BÜNDNISSE BIS ZUR «ZEITENWENDE»

Diese Bündnisse waren bzw. sind die «Konzertierte Aktion», das «Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit» und das Bündnis «Zukunft der Industrie», das am 31. Oktober 2023 seine jüngste Jahreskonferenz abhielt. Sie interessieren hier wegen ihrer förderlichen Rolle für neoliberale Politik, mit der die Entwicklung der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie, des Militärischen in der Gesellschaft und ihrer Wirtschaftssphäre untrennbar verbunden sind.

Die Gewerkschaften saßen nicht mit am Tisch, als die Herrschenden über die Gesellschafts-, Außen- und Wirtschaftspolitik entschieden, aber sie tolerierten diese mit ihrer Bereitschaft, über die mit den jeweiligen Programmatiken beabsichtigten Änderungen der Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse zu verhandeln. Die Darlegungen erfolgen chronologisch, um Zusammenhänge und Dynamiken zu verdeutlichen. Sie sind aufgrund der Zeitdauer und Aktualität am umfangreichsten für das Bündnis «Zukunft der Industrie», das nach Verkündung der «Zeitenwende» weitergeführt wird.

2.2.1 Die «Konzertierte Aktion» 1967–1977/78

Strukturpolitische Umbrüche im Energie- und Grundstoffbereich und die wirtschaftliche Krise bzw. Rezession seit Mitte 1965 veranlassten den 1963 geschaffenen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, in seinem zweiten Gutachten vom Dezember 1965 einen Sozialpakt – «eine konzertierte Aktion» – vorzuschlagen. Das Ziel war, das Agieren von Bund, Ländern und Gemeinden, der Bundesbank, der Unternehmerverbände und Gewerkschaften abzustimmen. Vorgesehen waren eine mittelfristige Finanzplanung von Bund und Ländern, wirtschaftspolitische Steuerungen wie zum Beispiel über Konjunkturausgleichsrücklagen oder Beschränkungen für die öffentliche Kreditaufnahme.⁴⁶ Erstmals kam man Mitte Februar 1967 zusammen. Im Mai 1967 beschloss der Bundestag ein ebenfalls vom Sachverständigenrat angeregtes Stabilitätsgesetz.⁴⁷ Abertausende Kohlekumpel sahen sich vom Ausstieg aus der Kohleförderung bedroht und kämpften um ihre soziale Absicherung und Beschäftigung. Es entstand eine Allianz für den geordneten Kohleausstieg und Ende November 1968 wurde die Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG gegründet. Der Zusammenschluss der Bergbaugesellschaften und die Zentralisierung der Subventionen sollten ruinöse Konkurrenz unterbinden. Aber vor allem wollte die Bundesregierung gemeinsam mit 20 Alt-Gesellschaften die soziale Absicherung für etwa 175.000 Beschäftigte organisieren. Dabei jedoch büßten die Bergleute und die bundesdeutschen Beschäftigten insgesamt ihre gewerkschaftliche Kampfkraft ein. Die dem Februar 1967 folgenden Gespräche im Rahmen der «Konzertierten Aktion» verliefen als permanenter Dialog zwischen den Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Regierung. Sie betrafen auch Themen wie die internationale Währungspolitik, die Wettbewerbspolitik, die

44 Bühner: Der BDI und die Außenpolitik, S. 241–262.

45 Vgl. www.rosalux.de/vernetzte-waffenschmieden

46 www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-kalenderblatt-stabilitaetsgesetz-505290

47 Es beauftragte die Bundesregierung, die Ziele Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein angemessenes Wirtschaftswachstum zu erreichen (sog. magisches Viereck).

Einkommensentwicklung oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Man diskutierte Lohnleitlinien als Element der Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung.

Die Kohlekrise erfasste die Stahlindustrie. Erdölkrisen erschütterten «die Wirtschaft». Bemühungen um staatliche Einflussnahmen und Forderungen nach Mitbestimmung in den Unternehmen erfuhren den Widerstand des BDI, der konsequent die Entscheidungsautonomie der Unternehmen verteidigte und auf die Grenzen der Globalsteuerung verwies. Nach 40 Gesprächsrunden verließen im Jahre 1977 die Gewerkschaften vorerst die «Konzertierte Aktion», weil neun Unternehmen und 30 Arbeitgebervereinigungen beim Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen das Mitbestimmungsgesetz eingelegt hatten. Es kam zu Konflikten zwischen der Bundesbank und den Arbeitgeberverbänden auf der einen Seite und den Gewerkschaften auf der anderen Seite. Auf dem DGB-Kongress vom Mai 1978 wurde der endgültige gewerkschaftliche Ausstieg aus der «Konzertierten Aktion» beschlossen.⁴⁸ Der BDI betrieb organisationsintern seine strukturelle Erneuerung, wandte sich der Ordnungspolitik zu, erweiterte seine informellen Beziehungen und arbeitete an neoliberaler Einflussnahme. Der «Arbeitskreis für Rüstungsfragen» erfuhr gezielten Beistand durch die Abteilung 3 «Verteidigung» innerhalb der Hauptabteilung «Finanzpolitik und Recht» der BDI-Geschäftsstelle.⁴⁹

Während der BDI in den 1980er-Jahren in den Unternehmen seiner Mitgliedsverbände, auch und insbesondere in der Verteidigungsindustrie, den Einsatz neuer Technologien forcierte, vollzogen sich international dramatische Veränderungen: Zum einen schritt bei militärischer Hochrüstung die neoliberale Globalisierung voran, zum anderen kollabierten mehr oder weniger damit verbunden die DDR und vor allem das sogenannte sozialistische Weltsystem. Die heterogene Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) wurde zunehmend dafür kritisiert, dass sie es nur unzulänglich vermochte, als Akteur in der Debatte zur Verteidigungstechnik aufzutreten und «die Interessen der Branche» offensiv zu vertreten. Sie war nicht in der Lage, nachhaltig wirksam die Forderung nach stärkerer Exportförderung und wirksameren Schutz der deutschen Verteidigungsindustrie gegen den Import von Waffensystemen zu artikulieren und die «Geschäftsfelder» zu erneuern. Die Unzufriedenheit kam insbesondere von Konzernen, die gestützt auf ihre Größe, auf den EU-Binnenmarkt und die europäi-

sche Integration «Globalisierungsgewinne einfahren» wollten: ESG, EADS (Airbus), Diehl-Defence, KMW, Lürssen (NVL), Rheinmetall und TKMS. Sie betrieben die Aufwertung des BDI-Arbeitskreises bzw. -Ausschusses zu Rüstungsfragen, um sich im vereinigten Deutschland verteidigungspolitisch, militärökonomisch und militärisch neu aufzustellen. Aber während man in der EU und NATO verstärkt mitmischen wollte, verschärften sich in der Bundesrepublik soziale Probleme und drohten «der Wirtschaft» zu schaden sowie Innovationsprozesse zur Stärkung europäischer bzw. globaler Konkurrenzfähigkeit zu beeinträchtigen.

2.2.2 Das «Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit»

«Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit kann nur Erfolg haben, wenn alle an ihm Beteiligten die Möglichkeiten dreiseitig ausgehandelter Politik verstehen und kompetent von ihnen Gebrauch machen. Funktionale Interessen, die im Produktionsprozess und in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verankert sind, sind solider und dauerhafter als parteipolitische; die Kooption ihrer Repräsentanten in den staatlichen Entscheidungsprozess kann deshalb den Zeithorizont politischer Reformprojekte über die Kurzlebigkeit der parlamentarischen Legislaturperiode und das Wechselspiel parlamentarischer Mehrheitsbildungen hinaus verlängern. Starke Verbände als Partner staatlicher Politik ermöglichen ferner auch rasche Rückmeldung der tatsächlichen Auswirkungen riskanter Entscheidungen, deren genaue Konsequenzen nicht gänzlich zu übersehen und die deshalb auf die Möglichkeit rascher und einvernehmlicher Revision angewiesen sind. Enge Kooperation von Staat und Verbänden kann dadurch [...] eine Gesellschaft in die Lage versetzen, sich langfristig auf eine innovative, nach vorne offene und im guten Sinne experimentelle, d. h., auf Korrektur angelegte Reformpolitik einzulassen.»⁵⁰ Dies war zum einen Reflexion realer Probleme und eines ausgeprägten Reformwillens pro erfolgreiche Standortkonkurrenz, zum anderen die Orientierung auf eine Abwertung des Bundestages und eine folgerichtige weitere Marginalisierung der Klassenverhältnisse. Wolfgang Streeck orientierte auf ein Bündnis zwischen Staat, Unternehmen und Beschäftigten für erfolgreiche neoliberale Standortkonkurrenz. Das «Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit», 1998 initiiert vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, sollte zu einem Hauptinstrument für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden.

48 [https://de.wikipedia.org/wiki/Konzertierte_Aktion_\(Wirtschaft\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Konzertierte_Aktion_(Wirtschaft))

49 Uthmann, Josef/Wolff-Metternich, Hermann Freiherr von: Der Bundesverband der Deutschen Industrie. Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 45, Düsseldorf 1974, S. 39.

50 Streeck, Wolfgang: Von Nutzen und Nutzung des Korporatismus in einer Gesellschaft im Wandel, in: Bühner/Grande: Unternehmensverbände, S. 53–62, hier S. 61.

Schon unter der Regierung Kohl hatte der damalige IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel ein «Bündnis für Arbeit und Standortsicherung» angestrebt und die Bereitschaft signalisiert, Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu relativieren.

Der Begriff «Standortsicherung» stellt klar, dass internationalistische gewerkschaftliche Solidarität «Globalisierungsgewinnen für unsere Wirtschaft» unterzuordnen ist. «Was gut für die Wirtschaft ist, kommt uns allen zugute», war die Leitidee. Auf Bundes- und Landesebene einigte man sich auf einige Schritte hin zu flexibleren Arbeitszeiten, eine dauerhafte Senkung der Lohnnebenkosten, eine strukturelle Reform der Sozialversicherung, die zur Senkung der Kosten für den «Faktor Arbeit» führte, die Verbesserung von Innovations- und Konkurrenzfähigkeit, eine «beschäftigungsfördernde Tarifpolitik» durch Öffnung der Flächentarifverträge, Erleichterungen bei der Gründung und Vergrößerung von Unternehmen, den Ausbau eines Niedriglohnbereichs und die Erprobung neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente sowie eine bessere Verzahnung der Verwaltungsebenen. «Modernisierung» und «Reform» gingen einher mit der Schwächung gewerkschaftlicher Macht und dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte. Zur Diskussion über die Unternehmenssteuerreform im Steuerungsausschuss des Bündnisses berichtete der BDI-Hauptgeschäftsführer: «Da habe ich die kritische Frage gestellt, ob wir uns jetzt am Rande der Verfassung bewegen, oder ob die Bundesregierung nur Rat einholen wolle [...] Dem gegenüber aber steht die Absicht des Bundeskanzlers, bereits an der Konzeption des Unternehmersteuerreformgesetzes das Bündnis zu beteiligen.»⁵¹ Später sagte dann BDI-Hauptgeschäftsführer von Wartenberg: «Die Regierung hat ein Interesse daran, den parlamentarischen Beratungsprozess ohne Widerstand [...] durchzubringen, in der Erwartung, dass wir Einfluss nehmen auf die CDU/CSU-Fraktion und die Gewerkschaften auf die SPD-Fraktion [...] Die Generallinie wäre im Voraus abgestimmt [...] Damit aber schaffen wir eine andere Verfassungsrealität.»⁵² Das stimmte zweifellos, aber der BDI wollte neoliberale «Reformen»: Kurz nach Veröffentlichung der Konferenzmaterialien startete er seine «Reformoffensive» und legte dafür seinen Statusbericht «Für ein attraktives Deutschland» vor. Darin beklagte er ausbleibende Reformschritte und wachsende Unsicherheiten seitens der Industrie in Bezug auf Arbeits- und Sozialkosten, technisch-technologische und rechtliche Regelungen insbesondere bei ITK- und Inter-

net-Dienstleistungen, die Energieversorgung und ihre Kosten und einen stark unterfinanzierten Verteidigungshaushalt. Diese Unterfinanzierung «gefährdet die ohnehin auf Mindestkapazitäten gestützte wehrtechnische Industrie, insbesondere die Bereiche Munition, Lenkflugkörper und Verteidigungselektronik, in denen Deutschland noch zu den Technologieführern gehört. Die Folgen für die Qualität und Quantität des deutschen militärischen Beitrages im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und damit für eine weltoffene Gesellschaft sind für jedermann erkennbar. Vor allem aber verletzt die Unterfinanzierung des Verteidigungsetats die Glaubwürdigkeit und Kooperationsfähigkeit Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik.»⁵³ In den Irak- und Jugoslawienkriegen waren militärtechnische und militärische Defizite «der Europäer» und Abhängigkeiten vom US-amerikanischen Militär offensichtlich geworden. In diesem Kontext entstand das Konzept der strategischen Autonomie der Europäischen Union, in enger Verbindung mit dem Navigationssatelliten- und Zeitgebungssystem der EU Galileo. Im Herbst 1999 entstand der BDI-Branchenverband Bitkom, gegründet von den beiden Bundesverbänden Informations- und Kommunikations-Systeme (BVB) und Informationstechnologien (BVIT) sowie von den Fachverbänden Informationstechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und Kommunikationstechnik im Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI). Sie verschmolzen wie auch die sechs VDMA-Arbeitsgemeinschaften am 1. Januar 2001 mit dem Verband Bitkom, der heute 2.200 Mitgliedsunternehmen zählt.⁵⁴

Nachdem Schröder zum zweiten Mal Bundeskanzler geworden war, aber erhoffte «Reformen» im Sinne der Stärkung des «Standorts Deutschland» ausgeblieben waren, erklärte er im Frühjahr 2003 das «Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit» für gescheitert. Er sprach nunmehr von der «Agenda 2010» und davon, dass die Regierung das gesamtgesellschaftliche Wohl vertreten würde. Die Bezeichnung «Agenda» bezog sich auf die vom EU-Sondergipfel 2000 beschlossene Lissabon-Strategie mit ihrem Ziel, die Europäische Union zum «wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt» zu machen. Diese Strategie und ihre Nachfolger forcierten die neoliberale und militärische Dimension der Europäischen Verträge seit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 und insbesondere seit der Maastrichter Vertragseinigung 1992. Der BDI präsentierte im Februar 2004 sein Gesamt-

51 Podiumsdiskussion: «Zukunft der Verbände», S. 182.

52 Ebd., S. 183.

53 BDI: Für ein attraktives Deutschland. Statusbericht 2002: Nach vier Jahren rot-grüner Bundesregierung, Berlin 2002, S. 63.

54 www.bitkom.org

formprojekt «Für ein attraktives Deutschland. Freiheit wagen – Fesseln sprengen»,⁵⁵ das konkrete Wege zur Realisierung von Profiten und Positionsgewinnen in der Globalisierung forderte sowie Technologien und der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hohe Priorität gab. «Zwar profitiert heute die zivile Industrie viel weniger von «Abfallprodukten» aus dem Rüstungssektor, als dass sich umgekehrt die wehrtechnische Industrie zunehmend auf kommerzielle Produkte stützt, vor allem aus dem Telekommunikations- und Informationstechnologiesektor. Dennoch gilt auch weiterhin, dass wehrtechnische Spitzenforschung zur technologischen Gesamtkompetenz eines Landes beiträgt, die sich in konkurrenzfähigen Unternehmensclustern spiegelt. Solche technologischen Cluster müssen als Eckpfeiler der Attraktivität eines Landes angesehen werden.»⁵⁶ Auch deshalb wurde erneut der staatliche Verteidigungsetat als unangemessen niedrig kritisiert. Interessant sind hier zum einen die Verbindung zwischen militärischer Rüstung und «Gesamtkompetenz» bzw. Standortkonkurrenz und zum anderen die komplexe Behandlung der Rüstungsindustrie und ihrer Auslandsaktivitäten in der wechselseitigen Kooperation mit den Streitkräften. Es ging um «erfolgreiche Globalisierung» und ein «Global Change-Management im Rahmen internationaler Initiativen von UNO, NATO und EU».⁵⁷ So weit wie möglich will man die Welt nach seinen Vorstellungen gestalten.

Der BDI-Beifall für die «Agenda 2010», an deren konkretem Zustandekommen der BDI durchaus seinen Anteil hatte, machte nicht zuletzt deutlich, dass der Unternehmerverband nicht prinzipiell eine Entparlamentarisierung von politischen Entscheidungsprozessen anprangert: «Deutschland konnte durch angebotsorientierte Reformmaßnahmen im Rahmen der Agenda 2010 wie kaum ein anderes Land in Europa die eigene Wettbewerbsfähigkeit steigern [...], die deutsche Wirtschaft [profitiert] in besonderer Weise von der Globalisierung und von offenen Märkten [...] Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab, in der Industrie ist es sogar jeder zweite. Sie stellt tausende Unternehmen, die mit hochspezialisierten Produkten als Global Player erfolgreich auf den Weltmärkten aktiv sind.»⁵⁸ Aber die Positionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, der Bevölkerungsmehrheit gegen-

über den Kapitaleliten wurden mit der «Agenda 2010» weiter strukturell geschwächt. Auf die ökonomischen Auswirkungen der globalen Finanzkrise reagierte der BDI erneut mit Forderungen und Handlungsempfehlungen zugunsten «der deutschen Industrie».⁵⁹ Zwischen dem Beginn des «Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit» und der Umsetzung der «Agenda 2010» realisierte die Bundeswehr Militäreinsätze im Ausland. «Die sicherheitspolitische Agenda der Bonner Republik [...] wich einer «militärpolitischen Agenda 2010» Verteidigungsminister zu Guttenbergs, welche die Wehrpflicht von der Konstante zur Variable transformierte, um eine erneut anstehende Bundeswehrreform [...] umzusetzen. Es ging fortan [...] um die Frage, ob die Wehrpflicht einer grundlegenden Modernisierung und Finanzierbarkeit der Bundeswehr im Wege stand.»⁶⁰ Um ökonomisch effizient «unter großem fiskalischem Druck [...] die Bundeswehr nun endgültig auf Auslandseinsätze auszurichten und die Truppe demographiefest aufzustellen, wurde die Wehrpflicht [...] durch die Bundesregierung im Jahr 2011 ausgesetzt», hieß es aus der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS).⁶¹ Auf die systematische Verletzung seiner Sicherheitsinteressen durch die NATO reagierte Russland zunehmend systematisch imperial.⁶² Die Pläne, Strategien und Taktiken des Westens zur strukturellen Schwächung bis hin zur Infragestellung der Fortexistenz der russischen Föderation lagen auf dem Tisch.⁶³ An der westlichen Bedrohung Russlands, die selbstverständlich kein militärisches Agieren und erst recht keinen Krieg Russlands gegen die Ukraine rechtfertigt, war und ist auch der BDI mit seinen Mitgliedern beteiligt – lange vor der Abspaltung und Einverleibung der Krim. Das mag mit Verweis auf die deutsche Energiepolitik und andere großdimensionierte Geschäfte verwundern, hat aber mit der widerspruchreichen Geschichte der Bundesrepublik und der Genesis ihrer Industriestruktur zu tun: Einerseits kamen vor dem 24. Februar 2022 aus Russland 55 Prozent des in Deutschland verbrauchten Erdgases, 42 Prozent der Rohölimporte, drei Viertel der in den deutschen Industriehochöfen eingesetzten Einblaskohle, 48 Prozent der Nickel-, 9,4 Prozent der Aluminium, und 23 Prozent der Rohkupferimporte. Andererseits machte 2021 der Handel mit Russland rund zwei Prozent des deutschen Gesamthandels aus. Das bedeutete Platz

55 BDI: Für ein attraktives Deutschland. Freiheit wagen – Fesseln sprengen. BDI-Gesamtreformkonzept, Berlin 2004.

56 Ebd., S. 102.

57 Ebd.

58 <https://bdi.eu/artikel/news/steht-soziale-marktwirtschaft-noch-fuer-soziale-gerechtigkeit>

59 BDI: Industrieland Deutschland stärken. Aus der Krise in die Wachstumsoffensive, Berlin 2009.

60 Lange, Philipp: Wehrpflicht als Garant der Landesverteidigung? Zur militärischen Begründbarkeit einer reaktivierten Wehrpflicht. Arbeitspapier Sicherheitspolitik Nr. 21/2018, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, unter: www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2018/wehrpflicht-als-garant-der-landesverteidigung-zur-militaerischen-begrueubarkeit

61 Ebd.

62 Vgl. dazu Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith: Die Ukraine, Russland und der «Westen». Zur Geschichte eines internationalen Konflikts, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 1/2018, Berlin 2018, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_1-2018.pdf

63 Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main 2001, S. 288–289.

13 der wichtigsten deutschen Handelspartner.⁶⁴ Dass Lieferausfälle aus Russland enorme ökonomische Lasten für Unternehmen in den BDI-Mitgliedsverbänden und die Wirtschaft der Bundesrepublik insgesamt bedeuten, lag also immer auf der Hand. Um dennoch das Militärische in ihnen gezielt zu stärken, wurde in mehreren informellen Diskussionsrunden von Militärs und Unternehmern der Verteidigungsindustrie vereinbart, innerhalb des BDI den Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) zu gründen. In dessen Vereinsatzung ist die Funktion eines Mittelstandsbeauftragten verankert. Er wird direkt durch die Mitgliederversammlung gewählt und fungiert als Beisitzer des Vorstandes. Die formelle Gründung des Verbandes erfolgte schließlich im September 2009.

Zum BDSV gehört auch der Verein BDSV Exhibitions, vormals Gruppe Wehrtechnische Messen. Hier sind mehr als 100 Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie organisiert. BDSV Exhibitions e. V. ist verantwortlich für den deutschen Gemeinschaftsstand auf internationalen wehrtechnischen Messen. Dessen Geschäftsführer/in ist gleichzeitig Geschäftsführer/in vom BDSV.⁶⁵ Der BDSV wurde ebenfalls Mitglied der DWT, einmal um den Konkurrenzvorwurf zu entkräften, zum anderen um die DWT zu verändern und als Gremium für die Förderung der eigenen Interessen zu nutzen. So beteiligen sich der BDSV und seine Mitglieder sowie andere Akteure für «Sicherheit und Verteidigung» an der DWT als «Dialog- und Informationsplattform im Spannungsfeld von Bundeswehr, Forschung, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft». Sie wollen ihren profitablen «Beitrag zur bestmöglichen Ausrüstung der Bundeswehr [...] leisten». Die DWT will die «Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik durch ausgewogene Information und kompetente Kommunikation in geistiger Offenheit»⁶⁶ unterstützen.

Der damalige BDI-Hauptgeschäftsführer Kerber informierte im November 2012 über die Schaffung des Ausschusses «Sicherheit» unter Leitung von Claus Günther, CEO von Diehl Defence und Mitglied des Vorstands der Diehl Stiftung: «Unser Ziel ist es, für die deutsche Industrie geeignete politische Rahmenbedingungen bei Sicherheitsfragen zu fördern. Im Vordergrund stehen vor allem ein zukunftsweisender Wirtschaftsschutz, Cybersicherheit, der Schutz kritischer Infrastrukturen sowie die Wettbewerbsfähigkeit

deutscher Unternehmen aus dem High-Tech-Bereich der Sicherheits- und Verteidigungstechnologie.»⁶⁷ In der aktuellen Satzung des BDI, dessen interne Verbandsgeschichte aus organisatorisch-pragmatischer Sicht dynamische Lernfähigkeit spiegelt, heißt es zu den Rechten des Vorstands: «Er hat das Recht, bei den Organen des Bundesverbandes die Bearbeitung ihm wesentlich erscheinender Aufgaben zu veranlassen. Er kann für bestimmte Aufgaben ständige und nicht ständige Ausschüsse einsetzen und ihre Zusammensetzung regeln.»⁶⁸ In einer älteren Publikation zur Vorstellung des BDI werden die Ausschüsse als «ein wichtiges und wirksames Mittel, eine Verbindung zwischen industrieller Praxis und Verbandsarbeit herzustellen» und als «Sachverständigengremien» bezeichnet. «Vieles, was in Form von Stellungnahmen, Memoranden, als Meinung der Industrie zu bestimmten Fragen [...] an öffentliche Mandatsträger und an die Presse-Öffentlichkeit gelangt, haben diese Sachverständigengremien diskutiert und vorbereitet.»⁶⁹

Auch die statistischen Angaben zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die der Branchenverband präsentiert, sind leider älter. Aber die Daten von 2014 zeigen die große ökonomische Relevanz der Branche in der Bundesrepublik. Betrug das durchschnittliche gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland im Zeitraum zwischen 2010 und 2014 circa drei Prozent, so lag das der Branche bei 7,8 Prozent, was ihr volkswirtschaftliches Gewicht absolut und insbesondere relativ steigerte. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) beschäftigte direkt 135.700 Personen, begründete aber weitere 273.400 Beschäftigungsverhältnisse. Zudem ist von einem Beschäftigungsmultiplikator um 2,0 für jeden in der SVI geschaffenen Arbeitsplatz die Rede. Mit einem Anteil von etwa 24 Prozent verursachte die SVI die höchste indirekte Wertschöpfung im Bereich der Informationstechnologien und -dienstleistungen. Darüber hinaus sorgte sie indirekt für ungefähr 32.000 Beschäftigungsverhältnisse im IT-Sektor. 2020 sprach Bitkom von 180.000 Arbeitskräften in 140 Unternehmen, die Informations- und Kommunikationstechnologien für den Verteidigungssektor produzieren.⁷⁰ Gegenwärtig ist von mehr als 215 Unternehmen die Rede.⁷¹ Neun von zehn Unternehmen der SVI betrieben und beauftragten 2014 Forschungs- und Entwicklungsleistungen. Deren Anteil am Branchenumsatz betrug 7,1 Prozent, was die SVI als technologieintensiv charakterisiert.

64 www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter/2022/05/17-lieferketten-unter-druck.pdf?__blob=publicationFile&v=6, S. 51, 52, 55. Siehe hierzu auch Abbildung 3 im Anhang zum Handel der EU mit Russland und der Ukraine.

65 www.bdsv.eu/bdsv-exhibitions/%C3%BCber-bdsv-exhibitions.html

66 www.dwt-sgw.de/die-dwt

67 BDI gründet neuen Ausschuss für Sicherheit, Pressemitteilung vom 22.11.2012, unter: www.presseportal.de/pm/6570/2368563

68 www.bdi.de/der-bdi/ueber-uns/satzung

69 Uthmann/Wolff-Metternich: Der Bundesverband der Deutschen Industrie, S. 26.

70 Gremienprofil: Der Arbeitskreis Verteidigung im Bitkom: Selbstverständnis und grundsätzliche Positionen, Berlin 2020, S. 1.

71 www.bitkom.org/Bitkom/Organisation/Gremien/Verteidigung.html

Ihre interne Forschungs- und Entwicklungsquote betrug vor zehn Jahren 10,7 Prozent. (2023 betrug der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben wenig über 3 Prozent des BIP der Bundesrepublik). Jeder achte Beschäftigte in der SVI arbeitete 2014 in der Forschung und Entwicklung. Etwa 63 Prozent der Unternehmen entwickelten ihre Innovationen in Forschungskooperation mit Unternehmen außerhalb der Branche, was den hohen Stellenwert der SVI für die Technologieentwicklung in der Bundesrepublik weiter unterstreicht.⁷² Diese aber wies bzw. weist Innovations- und Technologierückstände auf, was die Attraktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit des «Standorts Deutschland» in den Augen des BDSV schwächt.

2.2.3 Das Bündnis «Zukunft der Industrie» bis zur «Zeitenwende»

Am 25. November 2014 vereinbarten Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, BDI-Präsident Ulrich Grillo und der erste Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzels, das Bündnis «Zukunft der Industrie». Am 3. März 2015 kamen Vertreterinnen und Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, von neun Industrie- und Arbeitgeberverbänden sowie von fünf Gewerkschaften zusammen, «um die umfassenden Herausforderungen für die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft der Industrie und der industriellen Arbeitsplätze in Deutschland in enger Zusammenarbeit systematisch und kooperativ anzugehen und Lösungen zu finden. Gleichzeitig wollen Politik, Industrie und Gewerkschaften gemeinsam die Bedeutung der industriellen Wertschöpfung für Wohlstand und Beschäftigung und die Voraussetzungen für den Erhalt der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit für die Öffentlichkeit verdeutlichen.»⁷³ Fünf Arbeitsgruppen sollten konkrete Ergebnisse bringen, um die Standortkonkurrenz zu befördern und von ihr zu profitieren: gesellschaftliche Akzeptanz der Industrie, Stärkung ihrer Investitionstätigkeit, «Zukunft der Arbeit in der Industrie und industriellen Dienstleistungsbereichen, Wertschöpfungsstrukturen der Zukunft und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie».⁷⁴ Anfang Juli 2015 veröffentlichte die Bundesregierung ihr «Strategiepapier zur Stärkung der Verteidigungsindustrie». Sie erklärte dies mit ihren Verpflichtungen im Rahmen der NATO

und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gerade angesichts wachsender internationaler Spannungen, auch und insbesondere wegen des Russland-Ukraine-Konflikts. Die Regierung beschloss zehn untergesetzte Schwerpunkte:

1. Stärkung des europäischen Rahmens für die Verteidigungsindustrie,
2. verstärkte internationale Kooperation und Integration im Bereich der militärischen Fähigkeiten,
3. Konsolidierung der deutschen und europäischen Verteidigungsindustrie,
4. Festlegung von nationalen verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien,
5. Verbesserung des Rüstungsmanagements und der Transparenz bei Beschaffungen des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg),
6. Ausbau der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung,
7. exportpolitische Flankierung der Verteidigungsindustrie,
8. Chancen der Diversifizierung nutzen,
9. stärkere Unterstützung für den Mittelstand,
10. gesellschaftlicher Dialog zur Bedeutung einer nationalen Verteidigungsindustrie.⁷⁵

Im Strategiepapier findet sich der Hinweis, dass das Bundeswirtschaftsministerium mit zwei Branchendialogen vom September 2014 und März 2015 einen «umfassenden Meinungsaustausch mit der Verteidigungswirtschaft, Betriebsräten und der IG Metall aufgenommen»⁷⁶ hatte. Auch in Zukunft wolle man die Sichten «der Unternehmen und der Arbeitnehmerschaft»⁷⁷ in den Planungs- und Entscheidungsprozess eingehen lassen. Der Hauptgeschäftsführer des BDSV e.V. begrüßte die Ankündigungen des Verteidigungsministeriums, die Gespräche fortzusetzen, und der Bundesregierung, den Dialog zu «den industriepolitischen Konsequenzen einer sich verändernden außen- und sicherheitspolitischen Lage» zu führen.⁷⁸ Mit Verweis auf die Beschlüsse des Europäischen Rats vom Juni 2015, in der EU die Basis für die SVI zu stärken, forderte er von der Bundesregierung Initiativen zu Gesprächen und zu haushaltspolitischen Konsequenzen.⁷⁹ Da ein Bündnis «Zukunft der Industrie» im Verständnis des BDI offenbar auch und insbesondere ein Bündnis «Zukunft der SVI» sein soll(te), publizierte er 2017 seine Broschüre «Für eine moderne Sicherheitspolitik: Handlungsempfehlun-

72 www.bdsv.eu/themen/die-industrie/articles/wifor.html

73 <https://bdi.eu/themenfelder/wirtschaft-und-gesellschaft/buendnis-zukunft-der-industrie/#artikel/news/gemeinsam-fuer-die-internationale-wettbewerbsfaehigkeit-der-deutschen-industrie>

74 Ebd.

75 Bundesregierung: Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland, Berlin 2015, S. 2–7.

76 Ebd., S. 7.

77 Ebd.

78 BDSV: Zur Verabschiedung eines Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der SVI in Deutschland, Presseerklärung vom 8.7.2015, Berlin 2015.

79 Ebd.

gen der deutschen Industrie».⁸⁰ Darin bezog er sich auf das «Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr»,⁸¹ um die Debatte zum Weißbuch zu beeinflussen und zu forcieren. Diese sollte nach und nach in eine nationale Sicherheitsstrategie münden. Das Weißbuch einfürend erklärte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel: «Deutschlands wirtschaftliches und politisches Gewicht verpflichtet uns, im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen.»⁸² Für die «bestmögliche Ausrüstung zur Auftragserfüllung» der Bundeswehr wurden fünf Problemkreise zur Diskussion gestellt: «Modernes Rüstungsmanagement», «Europäisierung unter Wahrung nationaler Schlüsseltechnologien», «Multinationale Rüstungskooperation mit neuem Ansatz», «Innovation als Schlüssel zur Zukunftssicherung» und «Transparenz als strategisches Prinzip».⁸³

Direkt darauf eingehend begann der Debattenbeitrag des BDI: «Trotz seines wirtschaftlichen und politischen Gewichts hat Deutschland immer noch Schwierigkeiten, seine internationale Rolle zu definieren. Für eine umfassende und strategische Sicherheitspolitik ist es an der Zeit, dass Deutschland seine Bedeutung im internationalen Gefüge anerkennt und ausfüllt. Es ist gerade das wirtschaftliche und politische Gewicht, welches Deutschland verpflichtet, gemeinsam mit Partnern, mehr Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität Europas zu übernehmen.»⁸⁴ Um dem zu entsprechen, wurden konkrete Handlungsempfehlungen formuliert. Sie fokussieren erneut auf die staatliche und gesellschaftliche Unterstützung der SVI, auf Rüstungsexporte und Rüstungskooperation, auf die Entwicklung und Verallgemeinerung von Hochtechnologien, Durchlässigkeit zwischen dem Militärischen und dem Zivilen bzw. ihre Vernetzung und insgesamt auf die Stärkung des Militärischen in der Forschung, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union. Die Handlungsempfehlungen lauteten:

1. «Investitionen in Sicherheit erhöhen»,
2. «Wirtschaftsschutz weiterentwickeln»,⁸⁵
3. «Cybersicherheit ausbauen»,⁸⁶
4. «Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken». «Die rüstungspolitischen Rahmenbedingungen sind auf nationaler und europäischer Ebene so zu gestalten, dass in Deutschland und Europa eine leistungs- und wettbewerbsfähige rüstungsindustrielle Basis, einschließlich ihres Mittelstands, erhalten bleibt und sich weiterentwickeln kann. Trotz derzeit steigender Verteidigungsausgaben ist die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit einer Exportquote von über 50 Prozent maßgeblich auf die Ausfuhr ihrer Produkte angewiesen. Der Export sichert das Fortbestehen der Branche und damit den Erhalt von Schlüsseltechnologien und «technologischer Souveränität» in Deutschland. Die Beschaffung der Bundeswehr allein ist dafür nicht ausreichend.»⁸⁷
5. «Rüstungsexportkontrolle europäisieren» «Rüstungsexporte sind Mittel zur Politikgestaltung und Instrumente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Die deutsche Industrie bekennt sich zu den bestehenden [...] Rüstungsexportbestimmungen. Gleichwohl steht insbesondere die Genehmigungspraxis häufig einer engeren europäischen Kooperation in der Sicherheitspolitik und gleichen Wettbewerbsbedingungen im Weg. Aufgrund des strengen deutschen Rüstungsexportregimes und deren Anwendung werden selbst Zulieferungen von Komponenten an EU- und NATO-Partner erschwert und zeitlich erheblich verzögert. In der Folge äußern europäische Partnerländer Zweifel an der Zusammenarbeit mit Deutschland. Europäische Regierungen sollten sich nicht gegenseitig daran hindern, Rüstungsgüter aus gemeinsamer Entwicklung oder Fertigung auszuführen. Neue Abkommen sind notwendig, mit denen sich die Regierungen verpflichten, die für die Lieferung von Einzelteilen und Komponenten an das ausführende Land erforderlichen Genehmigungen zu erteilen. Mit der Zulassung von «De-minimis»-Regeln⁸⁸ und der Wiedereinführung von Komplementärgenehmigungen⁸⁹ könnten Kooperationen gestärkt werden. Im Ergebnis

80 BDI: Für eine moderne Sicherheitspolitik. Positionspapier, Handlungsempfehlungen der deutschen Industrie, Berlin 2017.

81 Bundesregierung: Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016.

82 Ebd., S. 6.

83 Ebd., S. 126–132.

84 BDI: Für eine moderne Sicherheitspolitik, S. 2.

85 Initiative Wirtschaftsschutz, gegründet 2016. Partnerverbände: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V., Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e. V., Bundesverband der Sicherheitswirtschaft e. V.; Partnerbehörden: Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.

86 Allianz für Cybersicherheit, gegründet 2012. Mitglieder des Beirats: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Bitkom e. V., Bundesministerium des Inneren (BMI), Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), Gesellschaft für Informatik e. V. (GI), Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), VOICE - Bundesverband der IT-Anwender e. V., Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI).

87 BDI: Für eine moderne Sicherheitspolitik, S. 5.

88 Rechtsprinzip, bei dem Bagatellen kein Straftatbestand sind.

89 Um für konkrete Rüstungsexporte den Aufwand der SVI-Unternehmen kontrollrechtlich vertretbar zu reduzieren, wurde durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eine sogenannte Komplementärgenehmigung ermöglicht. Diese erleichtert das Genehmigungsverfahren für die erneute Ausfuhr eines Rüstungsguts, für die zuvor bereits eine Genehmigung erteilt war. Vgl. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: Information zur Komplementärgenehmigung des BAFA für Ausfuhren und Verbringungen mit Bezug zum KWKG, Eschborn 2017, S. 3, unter: http://ruerstungsexport-info.de/fileadmin/media/Dokumente/R%C3%BCstungsexporte___Recht/AWG/Komplement%C3%A4rgenehmigungen/merkblatt_information_komplementaergenehmigung.pdf

würde damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen deutlich verbessert werden und zugleich zur Integration der europäischen Rüstungsindustrie beigetragen werden. Insgesamt würde es gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben befördern und die europäische Konkurrenzfähigkeit spürbar stärken.»⁹⁰

6. «Europäische Zusammenarbeit intensivieren»

«Um deutsche Kernkompetenzen zu stärken, brauchen Unternehmen offene Märkte. Gleichzeitig muss Deutschland auch weiterhin ein attraktiver Standort für Unternehmen bleiben [...] Der erklärte politische Wille ist eine stärkere Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf EU-Ebene. Der deutsch-französische Ministerrat hat im Juli 2017 in Paris konkrete Projekte im Bereich Verteidigung und Sicherheit vereinbart. Die dort getroffenen Entscheidungen sind wegweisend für die deutsche und europäische Industrie. Der Europäische Verteidigungsfonds ist dabei eine wichtige Säule für die Finanzierung europäischer Rüstungsprojekte [...] Bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, die den Technologiestandort Deutschland und Europa stärken.»⁹¹

7. «Sicherheitsforschung ausbauen»

«Nur mit dem Ausbau von Forschungsprogrammen [...] kann Deutschlands hohe Innovationskraft und der Erfolg in der Entwicklung von Spitzentechnologie im wehrtechnischen Bereich als auch für zivile Sicherheitstechnikanwendungen gesichert werden [...] Sogenannte Zivilklauseln an Universitäten widersprechen der Freiheit der Lehre und der unternehmerischen Praxis [...] Gerade jetzt, in Zeiten hybrider Bedrohungen, ist die Verzahnung von ziviler und militärischer Forschung notwendig. Größere Investitionen in zivile und militärische Sicherheitsforschung ermöglichen darüber hinaus wirkungsvolle Krisenprävention.»⁹²

8. «Bundessicherheitsrat stärken»⁹³

«Der Bundessicherheitsrat sollte das zentrale sicherheitspolitische Entscheidungsgremium der Bundesregierung sein und nicht lediglich der Behandlung von Rüstungsexporten nachkommen.»⁹⁴

9. «Sicherheitspolitik gesamtgesellschaftlich diskutieren»

«Die Industrie bringt sich in die Diskussionen über die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik ein und kann einen Beitrag zur strategischen Orientierung leisten. Seitens der Politik müssen Verantwortlichkeiten entlang der gesamten «Sicherheitskette», d. h. von der Prävention bis zur Reaktion, definiert und vorgehalten werden. Nur gemeinsam kann ein sicherheits-politischer Dialog breitenwirksam gestaltet werden.»⁹⁵

Dieses BDI-Dokument geht an Zielgerichtetheit und Konkretetheit über das Strategiepapier der Bundesregierung 2015 und das «Weißbuch 2016» hinaus. Es ist Ausdruck einer ökonomischen und gesellschaftlichen Machtposition der größten Eigentümer bzw. Spitzenmanager der SVI-Unternehmen, die von den politisch führenden Akteuren gewollt ist. Das Militärische hat in der Wirtschaftssphäre und im Leben der Gesellschaft ein derartig organisch gewachsenes Gewicht erlangt, dass seine ökonomischen Repräsentanten wie selbstverständlich gesellschaftspolitische, «sicherheits-», innen- und außen- und wirtschaftspolitische Forderungen artikulieren. Das Dokument ist Ausdruck einerseits neoliberalen Denkens und neoliberaler Politik: Es soll zugunsten von Rüstungsexporten und militärischer Forschung dereguliert werden. Andererseits fordert es staatliches industriepolitisches Agieren, um den Beitrag der Bundesrepublik zur Rüstungskoooperation und zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Interesse ihrer Unternehmen bzw. Kapitaleigentümer zu erhöhen. Es bildet die Grundlage für die weiteren Positionen und Aktionen des BDI und seiner Mitglieder. Darüber hinaus beeinflusst es relevant spätere Regierungsdokumente und späteres Regierungshandeln. Insbesondere die BDSV-Verlautbarungen weisen den Dreiklang auf: Technologie- und Industriestandort Deutschland, Rüstungskoooperation in der EU und starke transatlantische Zusammenarbeit. Man will erfolgreich konkurrieren und man will kooperieren, wenn das den Profiten, der Konkurrenzfähigkeit und daher staatlichen Rüstungsaufträgen dienlich ist. KMU sind in die Wirtschaftsprozesse integriert. Insgesamt geht es um einen solchen Umgang mit Ressourcen und Widersprüchen, dass die Profitmaximierung kurz-, mittel- und langfristig gesichert wird, dass kontinuierlich gerüstet wird.

90 BDI: Für eine moderne Sicherheitspolitik, S. 6.

91 Ebd.

92 Ebd., S. 6–7.

93 «Den Vorsitz des Bundessicherheitsrates führt der Bundeskanzler. Ständige Mitglieder sind die Bundesministerinnen und Bundesminister des Auswärtigen, der Verteidigung, der Finanzen, des Innern und für Heimat, der Justiz, für Wirtschaft und Klimaschutz, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Chef des Bundeskanzleramts. Weitere Bundesministerinnen und -minister sowie andere nicht der Bundesregierung angehörende Funktionspersonen können zu den Sitzungen des Bundessicherheitsrates hinzugezogen werden. Der Präsident der BAKS nimmt in der Regel einmal jährlich an der Sitzung des Bundessicherheitsrates teil. Die Gründung des Rates wurde bei der 99. Sitzung des Bundeskabinetts am 6. Oktober 1955 beschlossen.» (www.baks.bund.de/de/die-baks/das-kuratorium-der-bundessicherheitsrat)

94 BDI: Für eine moderne Sicherheitspolitik, S. 7.

95 Ebd.

Der BDSV versteht sich als Vertreter deutscher Industrieinteressen in der NATO und insbesondere in deren Industrial Advisory Group (NIAG). Diese befördert die Einbindung der SVI-Exporteure in die transnationale Rüstungskoooperation. Die NIAG arbeitet für die Konferenz der Rüstungsdirektoren (CNAD) und kommuniziert mit den Main Armaments Groups sowie den NATO-Kommandobehörden und -agenturen. Dabei geht es um gegenwärtige und künftige technologische Trends und ihre Konsequenzen für die Beschaffung militärischer Ausrüstung, um die Entwicklung von Systemanforderungen und die Netzwerkarbeit zwischen NATO-Vertretern und Akteuren der Industrie in den NATO-Mitgliedsländern.⁹⁶ Das erforderliche Wissen, die umfassende Integration in die NATO-Strukturen und die anderen Bedingungen, um erfolgreich im globalen Konkurrenzkampf sein zu können, begründen, warum der BDSV, seine Mitglieder und Partnerverbände bzw. der BDI alle Möglichkeiten nutzen, um vor zu erwartenden Kabinettsvorlagen und Regierungsvorschlägen ihre Positionen und Forderungen zu formulieren und sofort nach Bekanntwerden der Dokumente Stellungnahmen zu veröffentlichen, die spiegeln, inwiefern man sich durchsetzen konnte bzw. ob man mehr oder weniger direkt an der Erarbeitung der Regierungspapiere beteiligt war. Das gilt auch für den «Zukunftsmarkt Weltraum».⁹⁷ Weil Unternehmensberatungen davon ausgehen, dass sich der Umfang des globalen Raumfahrtmarkts bis 2040 verzehnfachen wird,⁹⁸ will der BDI seinen Mitgliedsverbänden den größtmöglichen Anteil daran sichern. Dafür drängt er den Staat, konkrete Funktionen und Leistungen zu übernehmen. «Weltraumssysteme für Kommunikation, Navigation und Erdbeobachtung sowie der unabhängige europäische Zugang zum All leisten einen entscheidenden Beitrag für Deutschlands außen- und sicherheitspolitische Urteils- und Handlungsfähigkeit und für die Gewährleistung einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge. Militärische Einsätze sind ohne Weltraumssysteme nicht mehr vorstellbar. Die Abhängigkeit von weltraumgestützten Systemen und Dienstleistungen wird mit der fortschreitenden Digitalisierung auch bei den Streitkräften weiter zunehmen. Der ungehinderte Zugang und die störungsfreie Verfügbarkeit weltraumgestützter Systeme und Dienstleistungen sind dabei von hoher Relevanz.»⁹⁹ Der BDSV-Hauptgeschäftsführer warb zum zehnten Jahrestag der Verbandsgründung für digitale Konver-

genz im militärischen Bereich. So soll zum Beispiel ein (teil)autonom fahrender Panzer seine Wege auf dem Gefechtsfeld auf der Basis von verschiedenen Datenquellen sowie der aktuellen Satellitenaufklärung und digitalen Geländemodellen selbst suchen können. Das setzt voraus, dass die physische Trägerplattform um eine nach universellen Standards gestaltete IT-Plattform ergänzt wird und dass von Beginn auf die Homogenität des Bundeswehr-IT-Systems und transparenter Sicherheitsvorgaben geachtet wird. Die IT-Plattform wäre integraler Bestandteil der physischen Plattform und eine Verlängerung des Gesamtsystems. Damit würden zunächst auf der Bundesebene die Modularität und die Integration der physischen Plattformen in das IT-Gesamtsystem der Bundeswehr möglich. Es würde wachsen und eine allgemeine, Teilstreitkräfte übergreifende digitale «Plattform Bundeswehr», die weder auf IT noch auf die physischen Träger beschränkt wäre, könnte zur übergreifenden Rüstungsgrundlage werden.¹⁰⁰ Daran arbeiten auch und insbesondere Unternehmen, die Bitkom-Mitglieder sind. Dessen Arbeitskreis Verteidigung fordert in seiner Publikation «Smarte Bundeswehr», die Vorschriften und internen Prozesse der Bundeswehr so anzupassen, dass «die Fähigkeiten der Digitalisierung» vollständig genutzt werden können. «Das Potenzial der Digitalisierung erschließt sich auch hier nur aus einer gemeinsamen Betrachtung und Optimierung von Technologie, Infrastruktur, Ablauf und Prozessen.»¹⁰¹

Bevor die Bundesregierung in ihrem Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie vom 12. Februar 2020 derartigen Erwägungen und Ansprüchen von BDSV, Bitkom und BDI zu entsprechen suchte, veröffentlichte der US-amerikanische Thinktank RAND die bemerkenswerte Studie «Extending Russia. Competing from Advantageous Ground».¹⁰² Hier werden Schritte bzw. Maßnahmen diskutiert, «die Russland dazu bringen, in Bereichen oder Regionen zu konkurrieren, in denen die Vereinigten Staaten einen Wettbewerbsvorteil haben, [...] sich militärisch oder wirtschaftlich zu überfordern oder das Regime um innenpolitisches und/oder internationales Prestige und Einfluss zu bringen.»¹⁰³ Die darin vorgeschlagenen geopolitischen Maßnahmen sind: 1. Lieferung von tödlicher militärischer Ausrüstung an die Ukraine, 2. verstärkte Unterstützung für die syrischen Rebellen, 3. Förderung des Regimewechsels in Belarus, 4. Spannungen im Südkaukasus ausnutzen,

96 Siehe auch BDSV: 50 Jahre NATO Industrial Advisory Group, Berlin 2018.

97 BDI: Grundsatzpapier, Raumfahrtpolitik, New Space. Zukunftsmarkt Weltraum, Handlungsempfehlungen der deutschen Industrie, Berlin 2019.

98 Ebd., S. 5.

99 Ebd., S. 9.

100 BDSV: Zehn Jahre BDSV, Berlin 2019, S. 26.

101 Bitkom: Positionspapier Smarte Bundeswehr, Berlin 2021, S. 7.

102 Dobbins, James u. a.: Extending Russia. Competing from Advantageous Ground. RAND Corporation, Santa Monica 2019.

103 Ebd., S. lii.

5. russischen Einfluss in Zentralasien zurückdrängen, 6. russische Präsenz in der Republik Moldau infrage stellen.¹⁰⁴ Im Schlusskapitel werden auf zwei Seiten systematisch Maßnahmen in sieben Bereichen aufgeführt, die Russland schaden könnten. Ihre Risiken und Erfolgsaussichten werden gegenübergestellt.¹⁰⁵ Das danach publizierte «Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie»¹⁰⁶ sollte auch in diesem Kontext gelesen werden. Da es eindeutig den BDI-Dokumenten zur modernen Sicherheitspolitik folgt, erfuhr es großes Lob seitens des BDSV: «Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie begrüßt es, von der Bundesregierung explizit als eine Branche von nationalem und europäischem Interesse eingestuft zu werden, und erwartet aufgrund des Strategiepapiers, dass die Bundesregierung die angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die angesprochenen Unternehmen schnell und im Dialog mit der Industrie weiter konkretisiert und operationalisiert.»¹⁰⁷ In der gemeinsamen Stellungnahme von BDSV und Bitkom werden hingegen in recht kritischem Ton energische Forderungen artikuliert: nach mehr «Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft», «Optimierung der Beschaffungsorganisation», «Präzisierung der Schlüsseltechnologien», «Klarheit zur Exportkontrolle», «Ressortübergreifenden Ansatz ausbauen», «Industrie- und Forschungsförderung gleichberechtigt ausgestalten», «Abhängigkeiten vermeiden – Souveränität sicherstellen». Diese werden oft mit den Wirtschaftserfordernissen insbesondere von KMU begründet.¹⁰⁸ Aus der Perspektive des Bündnisses «Zukunft der Industrie» sind die fünf Dialogformate der Bundesregierung mit «der Industrie und gesellschaftlichen Akteuren», um ihr Strategiepapier umzusetzen, von hoher Wichtigkeit:

- Branchendialoge mit der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie «zur Erörterung von Themen mit grundsätzlicher Bedeutung aus Sicht der Unternehmen und der Arbeitnehmerschaft, unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi).¹⁰⁹
- «Dialog mit Akteuren der Zivilgesellschaft zu Themen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie,

- insbesondere zur Rüstungsexportkontrolle, unter Leitung des BMWi,
- Dialog mit Zivilgesellschaft und Industrie zu Rüstungskontrolle und neuen Technologien, unter Leitung des AA,¹¹⁰
- strukturierter Dialog mit der Verteidigungsindustrie zur Verbesserung von Rüstungswesen und Einsatzbereitschaft und für Innovation und Zukunftsfähigkeit, unter Leitung des BMVg,
- strukturierter Dialog mit der zivilen Sicherheitsindustrie zur Stärkung der digitalen Souveränität im Hinblick auf den Bedarf der Kritischen Infrastrukturen, unter Leitung des BMI.»¹¹¹

Die Entwicklung der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie soll gemeinsame Angelegenheit der Regierung, der wirtschaftlichen Akteure, der Unternehmer und der Beschäftigten wie deren Gewerkschaften und der demokratischen Zivilgesellschaft sein bzw. werden. Das wird seitens der Regierenden als eine Bedingung für wachsende Verteidigungsausgaben, steigende Rüstungsexporte und größere Militäreinsätze gesehen. Dafür engagiert sich jener Teil «der Wissenschaft», der wie zum Beispiel Eckhard Lübckemeier eine souveräne EU als militärischen europäischen und globalen Akteur an der Seite der USA will.¹¹² In dieser habe Deutschland «eine europäische *Mit*-Führungsmacht zu sein». ¹¹³ Es geht Lübckemeier um eine Welt, in der «der Westen» die Entwicklungsrichtung vorgibt, weshalb die EU global politikwirksamer werden müsse und daher Deutschland die EU entsprechend führen helfen solle, auch und insbesondere außenpolitisch und militärisch. Auf Lübckemeier berief sich auch der BDSV bei seiner Forderung nach energischen Schritten seitens der Regierung, um ihr Strategiepapier umzusetzen.¹¹⁴ Unter dem Motto «Zeitenwende/Wendezeiten» veröffentlichte die Münchner Sicherheitskonferenz eine Sonderausgabe des seit 2015 jährlich erscheinenden «Munich Security Reports». Im Vorwort schrieb Wolfgang Ischinger: «Der Report spricht von einer außenpolitischen Zeitenwende, die sich aus der Erosion fast aller grundlegenden Gewissheiten der deutschen Außenpolitik ergibt. Daraus ergibt sich ein durchaus massiver Anpassungsbedarf – Wendezeiten müssen die kommenden Jahre werden, wollen wir die Strategien, Pro-

104 Ebd., S. 96–136.

105 Ebd., S. 274–275.

106 Bundesregierung: Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Berlin 2020.

107 BDSV: Pressemitteilung zum heute vom Bundeskabinett beschlossenen Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, 12.2.2020, Berlin 2020.

108 Bitkom/BDSV: Gemeinsame Stellungnahme von Bitkom und BDSV zum Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, 30.3.2020, Berlin 2020.

109 Bundesregierung: Strategiepapier, S. 9.

110 Gemeint ist das Auswärtige Amt.

111 Bundesregierung: Strategiepapier.

112 Lübckemeier, Eckhard: Europa schaffen mit eigenen Waffen? Chancen und Risiken europäischer Selbstverteidigung, SWP-Studie 17, Berlin 2020.

113 Lübckemeier, Eckhard: Auf Deutschland kommt es an. Berlin muss Mitführung übernehmen für ein Europa mit globaler Gestaltungsmacht, SWP-Studie 15, Berlin 2021, S. 18.

114 BDSV: Worten müssen auch Taten folgen, 5.11.2020, Berlin 2020.

zesse und Instrumente entwickeln, um mit der neuen Dimension sicherheitspolitischer Herausforderungen umgehen zu können. Denn obwohl Deutschland seit 2014 «mehr Verantwortung» in der einen oder anderen Form übernommen hat, ist die Nachfrage nach deutscher Führung in den letzten Jahren noch viel stärker gewachsen als das Angebot.»¹¹⁵ Der Bericht würdigte eine Vorreiterrolle des BDI bei der Bewertung von Chinas Politik und bezog sich auf Reden von Regierungsmitgliedern vor den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft.¹¹⁶

Wenige Monate später formulierte der BDSV gemeinsam mit seinem Dachverband BDI und dessen Mitgliedsverband, dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. (BDLI), SVI-Branchen-Essentials zur Bundestagswahl 2021.¹¹⁷ Sie schreiben die bisherigen Konzepte und Forderungen nach verbesserten Produktions- und Exportbedingungen fort, um gestützt auf den EU-Binnenmarkt und die Rüstungskoooperation in der EU konkurrenzfähiger zu werden. «Die deutsche SVI begrüßt die Ansätze für eine europäische Rüstungskoooperation auf Augenhöhe («Level Playing Field») auf Basis der EU-Programme (PESCO, EDIDP und EDF). Sie erwartet von der Bundesregierung eine klare Strategie mit einer Leitlinie, wie sich Deutschland bei europäischen Rüstungskoooperationsvorhaben sowohl bilateral (siehe dt.-französische Projekte FCAS, MGCS, Eurodrohne) als auch im Rahmen der o.g. Programme zusammen mit anderen europäischen Nationen industriell einbringen will. Dieses Engagement bei europäischen Rüstungskoooperationsvorhaben sollte aus unserer Sicht als Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO verstanden werden, zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen beitragen und zugleich der Erfüllung der gegenüber der NATO von deutscher Seite gegebenen Zusagen («NATO-Quote») dienen. Der europäische Blick sollte auch für Rüstungsexporte Anwendung finden [...] Eine verlässliche Linie in der Exportpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Deutschland im europäischen Kontext als zuverlässiger Partner geschätzt wird.»¹¹⁸ Die Verbände fordern erneut wachsende Haushaltsausgaben für die Forschung und Entwicklung in der SVI, mehr staatliche Investitionen und Subventionen zur Stärkung von Sicherheit und Verteidigung, Vertrauensschutz, Planungssicherheit. Darüber hinaus verlangen sie die Integration

der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, denn Sicherheit sei die «Basis aller Nachhaltigkeit»¹¹⁹ und so auch für Deutschland als «Wirtschaftsstandort mit Zukunft».¹²⁰ Dem müsse der Staat entsprechen und seine Politik stärker auf die Verbesserung der Standortfaktoren ausrichten. «Dringender Investitionsbedarf besteht beispielsweise in der Infrastruktur, im Bildungsweisen und Wohnungsbau. Dafür müssen auch die Planungs- und Umsetzungskapazitäten der öffentlichen Hand grundlegend gestärkt und die Verfahren beschleunigt werden. Zugleich müssen Investitionsanreize für Zukunftsinvestitionen durch Sonderabschreibungen für Investitionen in digitale Technologien und Klimaschutz geschaffen werden.»¹²¹ Allerdings wurde zuvor die hohe Steuerquote als zunehmendes «Standortrisiko» beklagt.¹²² Betont werden muss auch, dass «Klimaschutz» hier in erster Linie als Technologieeinsatz für eine willkürlich berechenbare Klimaneutralität verstanden wird, was durchaus ökologisch zerstörerisch sein kann bzw. ist. «Der Industriepolitik kommt im Transformationsprozess die Aufgabe zu, die richtigen Weichen für den verstärkten Umstieg auf nachhaltige Technologien und Wertschöpfungsketten zu stellen. [...] Deswegen sollte – auch für das Gelingen der Energiewende und das Vorantreiben des Klimaschutzes – die Forschungszulage gestärkt werden. Zudem muss Deutschland als Investitionsstandort für privates Wagniskapital attraktiver werden. Der Zukunftsfonds in Höhe von 10 Milliarden Euro muss nun richtig ausgestaltet werden.»¹²³ Es sollen also wiederum auch Finanzmärkte für Rüstungsförderung wirksam werden.

Wenige Tage vor dem Beginn von Russlands großangelegtem Angriff auf die Ukraine bekräftigte der BDI anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz 2022: «Der Ausbau der gemeinsamen Handlungsfähigkeit und der Stärkung der Resilienz gegenüber Risiken muss in den kommenden Jahren Priorität erfahren. Dafür braucht es technologische Fähigkeiten – militärisch und zivil. Sie bilden die notwendige Grundlage, um Abhängigkeiten zu reduzieren und globale Gestaltungskraft aufzubauen. Von Deutschland [...] wird hier zurecht eine klare Führungsrolle erwartet [...] Dies geht nicht ohne verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen. Zudem muss der Zugang zu ausreichender Finanzierung, dem Kapitalmarkt und zu

115 MSC: Zeitenwende, Wendezeiten. Sonderausgabe des Munich Security Report zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, Oktober 2020, S. 5.

116 Ebd., S. 37, 181, 183.

117 BDI/BDSV/BDLI: Branchen-Essentials für die Bundestagswahl 2021 der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) aus der Sicht der Verbände BDI, BDSV, BDLI, Berlin 2021.

118 Ebd., S. 2–3.

119 Ebd., S. 4.

120 <https://bdi.eu/spezial/wir-machen/zukunftsort-deutschland>

121 BDI/BDSV/BDLI: Branchen-Essentials, S. 4.

122 Ebd.

123 Ebd.

Versicherungen für sie offenbleiben [...] Angesichts der zunehmenden Bedeutung der strategischen Dimension Weltraum gilt es insbesondere ›Responsive Space‹¹²⁴ [...] in den Fokus zu nehmen. Deutsches Know-how und Fähigkeiten können und sollten vielseitig eingebracht werden, um Europa und damit uns selbst und unsere engsten Partner zu stärken.»¹²⁵

«Globale Gestaltungskraft aufbauen» ist die unverblühte Aufforderung an die Bundesregierung, konsequent Geopolitik zu betreiben. Gesetze sollen gewährleisten, dass die Akteure der technologischen Entwicklung und ihrer Verallgemeinerung über bestmögliche Handlungsbedingungen verfügen. Weiterhin soll neben Gesetzen, staatlichen Investitionen und Subventionen auch die finanzmarktgetriebene Mobilisierung von Akkumulationsmitteln in verschiedenen Kreditformen forciert werden. Neoliberale Politik, staatlich geförderte Technologie-, Industrie- und Rüstungspolitik gehen widersprüchlich zusammen. Aber es können nicht auch noch die geforderten öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, in das Bildungswesen und den Wohnungsbau getätigt und zugleich die Steuerquote gesenkt werden.

Im Februar 2022 stellte die Europäische Kommission mit ihrer Contribution to European Defence (Defence Package II)¹²⁶ mehrere Initiativen vor, um die Verteidigung und Sicherheit in der EU zu stärken. Das Kommissionspapier basiert auf der ersten komplexen Bedrohungsanalyse der EU («strategischer Kompass») vom November 2020. (Sie wurde nach dem russischen Angriff fortgeschrieben.) Die Europäische Kommission schlussfolgerte: «Ein Quantensprung in der europäischen Verteidigung ist ein integraler und unverzichtbarer Bestandteil für die Sicherung der Union und ihrer Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.»¹²⁷ Die Kommission identifizierte verschiedene «Erfolgskriterien»: Aufstockung der Investitionen in die Verteidigungsforschung und die gemeinsamen Fähigkeiten, Synergien zwischen ziviler und militärischer Forschung und Innovation zu fördern sowie die strategischen Abhängigkeiten zu verringern; Stimulierung der gemeinsamen Beschaffung von gemeinsam entwickelten Verteidigungsfähigkeiten; Maßnahmen für eine straffere und konvergenterer Ausfuhrkontrollpraxis, insbeson-

dere für gemeinsam entwickelte Verteidigungsfähigkeiten; Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsdimension der Raumfahrt auf EU-Ebene; Kräftigung der Resilienz der EU, unter anderem durch Steigerung der Cybersicherheit und Abwehr von Cyber- und anderen hybriden Bedrohungen; Verbesserung der militärischen Mobilität und die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels für die Verteidigung.¹²⁸ Das entspricht den Positionen des BDI, und gestützt auf das Kommissionspapier bekräftigte er seine Standardforderungen.¹²⁹ Der Europäische Rat folgte der Kommission im März 2022 und fokussierte auf die «Erfolgskriterien» und so auf entschiedene Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung der Verteidigungsindustrie, einschließlich hier aktiver KMU.¹³⁰

2.3 DAS BÜNDNIS «ZUKUNFT DER INDUSTRIE» SEIT DER «ZEITENWENDE»

Zwischen der Beratung der Europäischen Kommission und der Tagung des Europäischen Rats lag der großdimensionierte russische Angriff auf die Ukraine. «Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor»,¹³¹ erklärte der Kanzler in einer kurzfristig einberufenen Sondersitzung des Bundestags und kündigte ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr an.¹³² «Das Ziel ist eine leistungsfähige, hochmoderne, fortschrittliche Bundeswehr, die uns zuverlässig schützt.»¹³³ Und wiederum drei Tage später verkündeten der Erste Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann und BDI-Präsident Siegfried Russwurm, «die auch Mitbegründer des Bündnisses ›Zukunft der Industrie‹ sind», dass sie «mit Nachdruck die von der Bundesregierung, der Europäischen Union und den westlichen Bündnispartnern verhängten Sanktionsmaßnahmen gegen Russland [unterstützen]. Diese Sanktionen können auch zu Nachteilen für Deutschland, seine Unternehmen und Beschäftigten führen, die wir gemeinsam mit der Politik so weit wie möglich abfedern müssen. Wir sind davon überzeugt, dass nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg nur auf der Grundlage von Frieden, Freiheit und

124 Fähigkeiten, sofort auf Ausfälle oder Angriffe von Systemen zu reagieren.

125 <https://bdi.eu/artikel/news/was-ist-uns-unsere-sicherheit-wert-msc-muenchner-sicherheitskonferenz>

126 European Commission: Commission contribution to European defence, Straßburg 2022, unter: https://commission.europa.eu/system/files/2022-02/com_2022_60_1_en_act_contribution_european_defence.pdf

127 Ebd., S. 1.

128 Ebd., S. 3.

129 <https://bdi.eu/artikel/news/sicherheit-und-verteidigung-neue-initiativen-der-eu>

130 Versailles Declaration, 10./11.3.2022, unter: www.consilium.europa.eu/media/54773/20220311-versailles-declaration-en.pdf

131 Scholz, Olaf: Reden zur Zeitenwende, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin 2022, S. 7, unter:

www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf

132 Vgl. hierzu ausführlich Solty: Schriftliche Stellungnahme.

133 Versailles Declaration, S. 15.

Demokratie erreichbar ist, und sind bereit, unseren Beitrag hierfür zu leisten.»¹³⁴

Was all das bedeutet und dass «so weit wie möglich» eine Frage der Interpretation ist, deren Beantwortung umkämpft sein wird, wurde von Hofmann verschwiegen. Am 28. April 2022 beschloss der Bundestag mit großer Mehrheit die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Anfang Juli 2022 wollte der Bundeskanzler trotz des laufenden Bündnisses «Zukunft der Industrie» eine «Konzertierte Aktion» initiieren.¹³⁵ Wenige Wochen danach riefen unter dem Motto «Die Zukunft der Industrie jetzt gestalten und sichern» das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), die IG Metall und der BDI zu einer «Dialog-Initiative» auf. Es gehe darum, «über die Bedeutung und Perspektiven der industriellen Wertschöpfung und die Herausforderungen der Transformation zu diskutieren und geeignete Maßnahmen zur erfolgreichen Gestaltung des Transformationsprozesses zu identifizieren. Mit Landes- und Kommunalpolitik, weiteren Akteuren in Regionen, etwa auch aus den Sozial- und Umweltverbänden, sowie der Wissenschaft und interessierten Bürgerinnen und Bürgern wollen wir im Herbst 2022 einen lebendigen Dialog führen.»¹³⁶ Im Rahmen der Industriekonferenz des Bündnisses am 29. November 2022 sollten die Ergebnisse präsentiert und das weitere Vorgehen abgestimmt werden.¹³⁷

In Reaktion auf die drastisch gestiegenen Kosten für Strom und Gas und die Entwicklung der Inflation beschloss das Parlament am 21. Oktober 2022 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen einen «Abwehrschirm» als kreditfinanziertes Hilfsprogramm in Höhe von 200 Milliarden Euro. Dazu gehörte die sogenannte Gaspreisbremse, die für Haushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen eine Basisversorgung zu reduzierten Preisen ermöglichen soll. Zuvor hatte der BDI insbesondere Hilfen für KMU und Familienunternehmen gefordert. Jene von ihnen, die Rüstungsgeschäfte aktiv betreiben, beklagten vielfach, dass der Aufschwung in der SVI an ihnen vorbeigehe.¹³⁸ Der BDSV betont, dass der Mittelstand mit mehr als der Hälfte an der Wertschöpfung der SVI beteiligt und daher «eine unverzichtbare Säule der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie»¹³⁹ sei. Ihm kam sicherlich das auf der Industriekonferenz vom 29. November 2022 verabschiedete

gemeinsame Diskussionsangebot von BMWK, BDI und IG Metall zupass. Die «Zeitenwende» als Antwort auf den russischen Krieg gegen die Ukraine und ihre ökonomischen Folgen «nach Corona» erklärend, sahen sie sich zum einen unterbrochenen Lieferketten und Veränderungen der globalen Lieferbeziehungen, Knappheiten bei Rohstoffen und Zulieferprodukten sowie deren konjunkturellen Auswirkungen gegenüber. Zum anderen sehen sie sich «zugleich mitten in der grünen und digitalen Transformation («Twin-Transition»)».¹⁴⁰ Ihre Gemeinsamkeiten immer wieder betonend, lesen sich die «Vorschläge zum Industriestandort Deutschland»¹⁴¹ als unter Federführung des BDI mit seinen Mitgliedsverbänden geschriebenes, mit dem BMWK abgestimmtes Regierungsprogramm, dem die IG Metall zugestimmt hat. Die untersetzten Schwerpunkte lauten: «Gemeinsam Verantwortung übernehmen», «Gemeinsam die Zukunft der Industrie gestalten», «Gemeinsam über die Industrie reden: Dialog – Initiative» (Unterstreichung jeweils im Original). Die Stichworte für die Untersetzung sind: «eine international wettbewerbsfähige Industrie, welche die Transformation hin zur Treibhausgas (THG)-Neutralität erfolgreich bewältigt», «für eine nachhaltige europäische Industriepolitik eintreten», «Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen verlässlich sichern», «Resilienz und strategische Souveränität steigern, Anpassung an den Klimawandel als strategische Herausforderung angehen», «Rohstoffstrategie weiterentwickeln», «Transformation beschleunigen und «Innovations-Turbo» zünden», «Investitionen – Die Chance zum Aufbruch nutzen» und «Fachkräftemangel entgegenwirken».¹⁴² Gestützt auf die Dialog-Initiative können der BDI und seine Mitglieder unentwegt Forderungen gegenüber dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bzw. der Regierung artikulieren. In die «Vorschläge zum Industriestandort Deutschland» sind bereits die im Oktober 2022 vom BDI formulierten Forderungen nach einer «Zeitenwende für die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen»¹⁴³ eingegangen:

1. «Geopolitische Versorgungsrisiken durch Wertschöpfungs- und Drei-Säulen-Strategie reduzieren.» Diese drei Säulen sind: Importe diversifizieren, sich selbst unabhängiger aufstellen, «integrierte Wertschöpfungsnetzwerke für strategische Bereiche in Europa und mit zuverlässigen Partnern» schaffen.

134 BDI/IGM: Gemeinsame Erklärung der IG Metall und des Bundesverbands der Deutschen Industrie, 1.3.2022, Berlin 2022.

135 www.bundesregierung.de/breg-de/suche/konzertierte-aktion-2059532

136 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz/IG Metall/BDI: Die #ZukunftDerIndustrie jetzt gestalten und sichern, 8.8.2022, unter: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/XYZ/zukunft-der-industrie-aufruf-zur-dialoginitiative.pdf?__blob=publicationFile&v=1

137 Ebd.

138 Siehe z. B. Wirtschaftswoche, 6.4.2023, S. 45 ff.

139 www.bdsv.eu/bdsv-exhibitions/%C3%BCber-bdsv-exhibitions.html

140 Bündnis Zukunft der Industrie: Die Zukunft der Industrie jetzt gestalten und sichern. Vorschläge zum Industriestandort Deutschland, Berlin 2022, S. 2.

141 Ebd., S. 1.

142 Ebd., S. 1–8.

143 BDI: Anforderungen der Industrie an die Carbon Management Strategie, Berlin 2023.

Importrohstoffe, heimische Rohstoffe und Recyclingrohstoffe gehören nach BDI-Ansicht zusammen und die «Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen gehört in die nationale Sicherheitsstrategie».

2. «Heimischen Bergbau fördern und gesellschaftsfähig machen.»

3. «Den Schritt wissenschaftlich begleiteter Fracking-Probebohrungen gehen [...] Schiefergasförderung wäre ein Gewinn für die Klimabilanz und Versorgungssicherheit.»

4. «Internationale Rohstoffkooperationen und Abbau kritischer Rohstoffe im Ausland fördern. Durch eine andere Gewichtung des Faktors Versorgungssicherheit beim staatlichen Instrument der Ungebundenen Finanzkredite (UFK) sollten gezielt langfristige Abnahmeverträge unterstützt und zusätzlich ein neues Risikokapitalinstrument geschaffen werden. Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern mit hohen Standards müssen intensiviert und kritische Rohstoffe als Komponente in Handels-, Investitions- und entwicklungspolitischen Abkommen verankert werden, um nachhaltigere Exploration und Raffinierung vor Ort zu fördern.»

5. «Innovationen für Kreislaufwirtschaft heben und Inkohärenzen vermeiden. Es braucht geeignete Rahmenbedingungen für eine Kreislaufwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette, die eine Verwendung von Recyclingmaterialien und industriellen Nebenprodukten sowie private Investitionen fördern. Innovation bei Herstellungs-, Aufbereitungs- und Verwertungsverfahren sollten über Forschungsförderung unterstützt werden. Es sollte vermieden werden, dass Lieferkettengesetze, EU-Chemikalienrecht und Taxonomie die notwendige Diversifizierung der Rohstoffversorgung gefährden.»¹⁴⁴

Hervorgehoben werden muss, dass mit Verweis auf geopolitische Zuspitzungen, an deren Entstehung und Entwicklung der BDI mit seinen Mitgliedern seinen Anteil hat, nun erneut Forderungen erhoben werden, die nach der Gesetzesgrundlage und dem Problembewusstsein der Öffentlichkeit (heimischer Bergbau, Fracking) bisher nicht zulässig oder toleriert waren bzw. sind. Die Erfüllung der fünf Forderungen würde einerseits sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern ökologische Probleme zuspitzen und damit neue Risiken schaffen, andererseits wäre sie in Deutschland und den anderen betroffenen Ländern nur repressiv möglich und würde internationale Unsicherheiten mehren. Zum Dritten würde sie

Investitionen, darunter oder primär öffentliche Investitionen in Technologien und Großprojekte erfordern, die die sozial und ökologisch zerstörerischen Produktionsstrukturen verfestigen und ausbauen, Ressourcen und Möglichkeiten für sozialökologische Lösungen verstellen oder vernichten. Die BDI-Forderungen stützten sich auf die detaillierte Studie «Analyse bestehender Abhängigkeiten und Handlungsempfehlungen. Maßnahmen, um die notwendige Diversifizierung politisch zu unterstützen».¹⁴⁵ Beide Publikationen prägten den «Rohstoffkongress: Zeitenwende für eine sichere und nachhaltige Rohstoffpolitik». Neben Energie und den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts diskutierte man dort Rohstoffe als «geopolitische Waffe».¹⁴⁶ Mitte Dezember 2022, in der letzten Sitzungswoche des Jahres, beschloss der Bundestag die nicht zuletzt vom BDI geforderten Strom-, Gas und Wärmepreisbremsen. Im Frühjahr 2023 problematisierte der BDSV die Rohstoffabhängigkeiten in der SVI.¹⁴⁷ Nebenher debattierte man unentwegt geopolitische Szenarien und Schlussfolgerungen, wie einheitliches Handeln innerhalb der EU gestärkt und diese sich zu einem schlagfertigen globalen Akteur entwickeln kann. Mehr Pragmatismus und weniger Einstimmigkeitsbeschlüsse würden gebraucht, Gesetzesdoppelung wie bei den Sorgfaltspflichten von Unternehmen müssten abgeschafft werden. Insgesamt aber würde die Zeitenwende nicht nur durch das Agieren Russlands verkörpert, sondern auch bzw. mehr noch durch das Agieren Chinas.¹⁴⁸ Nach einem Jahr «Ukraine-Krieg» forderte dann die Hauptgeschäftsführerin des BDI Tanja Gönner auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2023, «die Zeitenwende» zu leben, also Regierungsankündigungen forciert umzusetzen, und sie erklärte einer Verteidigungs- bzw. Kriegsministerin ähnlich: «Wir müssen [...] strategisch vorausschauender, vorbereitet sein. Dazu gehört, Abschreckung als einen Grundpfeiler der Krisenvermeidung und Risikominimierung anzuerkennen und zu nutzen [...] Abschreckung in diesem Sinne bedeutet erstens, klare Signale zu setzen über die eigenen Ziele und Interessen gegenüber einem potenziellen Konkurrenten oder Rivalen. Sie heißt zweitens, deutlich zu machen, dass man den Willen und die Mittel hat, für eben diese Ziele und Interessen einzustehen [...] Und drittens bedeutet Abschreckung, dass man immer einen Plan B in der Tasche hat. Nur dadurch wird letztlich Widerstandsfähigkeit, Resilienz, erreicht, gegen-

144 Ebd.

145 BDI: Analyse bestehender Abhängigkeiten und Handlungsempfehlungen. Maßnahmen, um die notwendige Diversifizierung politisch zu unterstützen, Berlin 2022.

146 <https://bdi.eu/artikel/news/titel-der-veranstaltung0>

147 Atzpodien, Hans C./Haag, Roland/Albers, Finn Ole: Rohstoffabhängigkeiten in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Was andere tun und was wir tun müssen, in: Europäische Sicherheit und Technik, April 2023, S. 11–13.

148 <https://bdi.eu/artikel/news/wohin-steuert-europa-im-umgang-mit-china>

über welchem Risiko auch immer.»¹⁴⁹ Sie schien in Sachen «Abschreckung» vergessen zu haben, dass Deutschland schon lange Anteil an einer Asymmetrie bei den Militärausgaben in Europa hat. Bereits 2021 überstiegen die Militärausgaben der NATO-Staaten die Russlands um fast das 20-Fache. Das hat Russland nicht von seinem Krieg gegen die Ukraine abgeschreckt.¹⁵⁰ Ferner deklarierte BDI-Hauptgeschäftsführerin Gönner ähnlich einer Ministerin des Wirtschaftsressorts, das wie selbstverständlich verteidigungspolitische Aufgaben übernimmt: «Der Schutz, aber auch die stete Weiterentwicklung und der Ausbau von kritischer Infrastruktur sind notwendige Bedingung strategischer Souveränität [...] Gasverfügbarkeit, Umbau der Stromerzeugung und Netzausbau [...] sind [...] höchst relevante und weiterhin drängende Themen – noch längst nicht verlässlich auf dem Weg, insbesondere was das notwendige Tempo angeht. Und im größeren Kontext gehören hier selbstverständlich auch alle Themen einer höheren Resilienz und größeren Unabhängigkeit von einzelnen Rohstofflieferanten dazu.»¹⁵¹ Einer Kanzlerin ähnlich setzte Gönner resümierend und bekräftigend hinzu: «Wir [haben] erheblichen Bedarf, uns auf die geopolitische Situation besser einzustellen. Innovations- und Technologiepolitik steht ebenfalls im Zentrum eines handlungsfähigen, widerstandsfähigen Europas, das seine Sicherheit, Stabilität und seinen Wohlstand verteidigt. Dabei rücken Zukunftstechnologien im Bereich der Raumfahrt immer mehr ins Zentrum [...] Diese Technologien haben zu einer Informationsüberlegenheit der Ukraine geführt, mit der sie erfolgreich gegen die quantitative Überlegenheit der russischen Armee bestehen kann. Unsere Schlussfolgerung daraus ist klar: Deutschland muss stärker in zivile und militärische Zukunftstechnologien investieren. Dazu gehört auch der Aufbau einer Responsive-Space-Fähigkeit, die Deutschland federführend in und für Europa realisieren und für UN-, EU- und NATO-Missionen einbringen kann. Klar ist: Auch nach einem Ende des Krieges kann es [...] keine Zusammenarbeit mit dem Putin-Regime mehr geben. Im Gegenteil [...] In den kommenden Jahren kann es in Europa nur Sicherheit gegen Russland geben [...] Wir brauchen umso mehr einen engen Schulterschluss mit unseren Partnern in Europa und der Welt und ausdrücklich mit unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa. [...] Ost- und Mitteleuropa ist für die deutsche Industrie als Markt, als

integraler Bestandteil unserer Wertschöpfungsketten elementar. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Region liegt daher im strategischen Interesse der deutschen Industrie.»¹⁵²

Die BDI-Hauptgeschäftsführerin spricht also wie eine deutsche Spitzenpolitikerin, beraten von der Stiftung Wissenschaft und Politik und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. In diesem Sinne konkretisierte die im Februar 2023 gewählte Vorsitzende des BDI-Ausschusses für Sicherheit im Frühjahr 2023 «die Zeitenwende» weiter. Sie bedeute, «Staat und Industrie müssen endlich zu einem neuen Miteinander finden, das nicht nur auf die aktuelle Krise des Krieges in der Ukraine fokussiert. Es muss darüber hinaus verstetigt werden und ein strategisch-vorausschauendes Handeln zulassen. Politik und Wirtschaft müssen enger zusammen gedacht werden [...] Was wir [...] brauchen, ist Planungssicherheit, und die erhalten wir nur durch vorausschauendes und abgestimmtes Handeln der Bundesregierung. Wir fahren immer noch mit angezogener Handbremse – und genau diese Bremse gilt es zu lösen.»¹⁵³ Die «Bremse lösen» bedeutet den Umbau der Gesellschaft, ausgerichtet an militärisch gestützter profitmaximierender Geopolitik.

Das geht zum einen mit dem Agieren der Europäischen Kommission zusammen. In Reaktion auf den Inflation Reduction Act der US-Regierung hat die Kommission Mitte März 2023 ihren Net-Zero Industry Act (Netto-Null-Industrie-Verordnung)¹⁵⁴ vorgestellt. Diesen sieht sie als Teil des European Green Deal. Acht Technologien sollen besondere Aufmerksamkeit und Förderung erfahren: photovoltaische und thermische Solartechnologien, Onshore- und Offshore-Technologien für erneuerbare Energien, Batterie- und Speichertechnologien, Wärmepumpen und geothermische Energietechnologien, Elektrolyseure und Brennstoffzellen, nachhaltige Biogas- und Biomethantechnologien, Technologien zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff (CCS) und Netztechnologien. Die Europäische Kommission bleibt jedoch in den Augen des BDI zu vage. Während dieser begrüßt, dass die EU-Kommission den Anwendungsbereich des Net-Zero Industry Act um erneuerbare Kraftstoffe ohne biologische Herkunft (Renewable Fuels of Non-Biological Origin/RFNBOs) und nachhaltige alternative Kraftstoffe (Sustainable Alternative Fuels) erweiterte, ist hier aus Gründen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit grundsätzliche Kritik

149 <https://bdi.eu/artikel/news/muenchener-sicherheitskonferenz-krieg-in-europa-erwartungen-der-industrie-an-die-politik>

150 Solty: Schriftliche Stellungnahme, S. 8.

151 <https://bdi.eu/artikel/news/titel-der-veranstaltung0>

152 Ebd.

153 <https://bdi.eu/artikel/news/susanne-wiegand-vorsitzende-des-bdi-ausschusses-fuer-sicherheit>

154 https://single-market-economy.ec.europa.eu/industry/sustainability/net-zero-industry-act_en

gefordert. Der BDI hingegen will die «Gleichstellung aller Kraftstoffe»¹⁵⁵ erreichen. Auch will er die angekündigten verkürzten Genehmigungsfristen und vor allem die Stimuli für «strategische klimaneutrale Kooperation» untersetzt bekommen.¹⁵⁶ Besonders problematisch ist, dass die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten drängt, CO₂-Speicherstätten auszuweisen, zu erschließen und zu nutzen. Bis 2030 soll eine jährliche Speicherkapazität von 50 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr erlangt werden. So sollen die Abscheidung und Speicherung von CO₂ ökonomisch «tragfähig» werden. Die gefährlichen Technologien sollen das technologisch-ökonomische «Weiter so» und daher den Verzicht auf eine drastische Reduzierung der CO₂-Emissionen fortschreiben.

Hinzu kommt, dass die Realisierung des Vorhabens CO₂-Pipeline-Netze erfordert, was den BDI als Anhänger von großen Infrastrukturprojekten freut. Er drängt, die CO₂-Infrastrukturplanung eng mit dem Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur zu verzahnen, um die Umwidmung der bestehenden Gasinfrastruktur und den Leitungsneubau für Wasserstoff und CO₂ ganzheitlich zu realisieren.¹⁵⁷ Dass dieses Herangehen die vorgeblich erwartbaren ökologischen und technologischen Effekte nicht erbringen kann, aber enorme Investitionen und neokoloniale Praktiken begründet, ist nachgewiesen.¹⁵⁸ Dessen ungeachtet legte der BDI im Juni 2023 seine «Anforderungen der Industrie an die Carbon Management Strategie» vor.¹⁵⁹ Kurze Zeit später publizierte er eine Stellungnahme zur Fortschreibung der Wasserstoffstrategie.¹⁶⁰ Er fordert von der Bundesregierung Direktzuschüsse und Sofortentlastungen zur Kompensation der hohen Strompreise sowie «schnell ein abgestimmtes Konzept für eine dauerhaft sichere Versorgung zu international wettbewerbsfähigen Kosten. Dafür braucht es [...] eine weitere Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, der Übertragungs- und Verteilnetze sowie der Speicherkapazitäten und Backup-Kraftwerke.»¹⁶¹ Er begrüßte im Juni 2023 an verschiedenen SVI-Standorten und auf dem «Tag der Industrie» den NATO-Generalsekretär und dessen Botschaft, dass

man in der NATO an «Resilienz-Leitlinien» arbeite.¹⁶² Der neue Generalinspekteur der Bundeswehr unterstützt das sehr und forderte eine erneuerte mentale Ausrichtung der Streitkräfte: «Das Mindset Wehrhaftigkeit bildet die Grundlage, der Gleichzeitigkeit im Kriegsbild der Zeitenwende entschlossen mit kriegstüchtigen Streitkräften zu begegnen. Es schließt jedoch durch die Kernforderung nach Resilienz auch die Gesellschaft, Politik und die Wirtschaft mit ein. Wir alle sind die geborenen Verteidigerinnen und Verteidiger unseres Landes.»¹⁶³

Dem stimmen insbesondere die BDI-Mitgliedsverbände BDLI, BDSV und Bitkom zu. Ihr Arbeitskreis KI und Verteidigung lieferte einen Diskussionsbeitrag zum Einsatz in Verteidigungstechnologien.¹⁶⁴ Sie interessiert, was auf einem zukünftigen Gefechtsfeld einzig der Mensch entscheiden soll und muss.¹⁶⁵ Gemeinsam mit dem BDI und den anderen Branchenverbänden fordern sie «vom Staat» einerseits Intervention, um Sicherheiten für betriebliche Abläufe, wirtschaftliche und gesellschaftliche Normalität zu garantieren, stoffliche ökonomische und militärische Voraussetzungen und die sozialen Bedingungen für erfolgreiche Standortkonkurrenz zu organisieren, verschiedene Krisenlasten zu kompensieren und Schutz vor neuen Krisenfolgen und vor «unlauterer Konkurrenz» zu gewährleisten. Andererseits fordern sie die Rückbesinnung auf «das grundlegende Erfolgsrezept für das sogenannte «Wirtschaftswunder» der 50er und 60er Jahre [...]: klare Rahmenbedingungen, offene Märkte, Freiraum für Unternehmertum und Ideen als Triebkräfte für Innovation und Markterfolg» als «der Schlüssel für unsere Zukunft als Industrieland, Exportland und Innovationsland».¹⁶⁶ Gerade angesichts der Erfordernisse «zur Gestaltung von Zeitenwende und Zukunft»¹⁶⁷ soll der mehr Staat tun, was der BDI und seine Mitgliedsverbände sagen, aber er soll sie machen lassen, was sie wollen – damit insgesamt die Kosten, insbesondere die Energiekosten der Unternehmer minimiert und ihre Exporte maximiert werden; damit die Bedingungen für erfolgreiche Konkurrenz, wozu expansive, aber funktionie-

155 <https://bdi.eu/artikel/news/net-zero-industry-act-ruestet-sich-europa-so-fuer-die-energieumwende#msdyntrid=LYILGBrnfRdB6VD8lem3JQN4dAjRaPP9-5QwSZYnlkQ>

156 Ebd.

157 Ebd.

158 Hamouchene, Hamza: Grünen Kolonialismus überwinden, in: LuXemburg, Oktober 2022, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/gruenen-kolonialismus-ueberwinden>

159 BDI: Anforderungen der Industrie an die Carbon Management Strategie.

160 Ebd.

161 <https://bdi.eu/artikel/news/strompreiskrise-bdi-fordert-nachhaltiges-konzept-und-breit-angelegte-entlastung#msdyntrid=YTmq2RtFGHkmAT0glOnDKSULp7DpT-YnDmWRIS57rZY>

162 Stoltenberg, Jens: Speech at the Day of Industry, organised by the Federation of German Industries, 19.7.2023, unter: www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_216080.htm?selectedLocale=en

163 www.bmvg.de/de/aktuelles/generalinspekteur-beschreibt-bundeswehr-der-zukunft-5652978

164 Software Defined Defence. Positionspapier des BDSV, BDLI, Bitkom und BMVg, Berlin 2023, unter: www.bmvg.de/resource/blob/5711942/6fb70a45412601fd03f63aeebf72451/cyber-defined-defence-papier-data.pdf

165 Ebd., S. 6.

166 Russwurm, Siegfried: TDI23: Der Industriestandort Deutschland muss sich strecken, 19.6.2023, unter: <https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/tdi23-der-industriestandort-deutschland-muss-sich-strecken>

167 Ebd.

rende Finanzmärkte gehören, in einem wachsenden Raum gewährleistet werden; damit Profite nachhaltig steigen, die geopolitische und weltwirtschaftliche Position des Standortes gestärkt wird: «Der Industriestandort Deutschland bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück. Ein Blick in andere Wirtschaftsräume wie die USA zeigt vor allem, dass eine Kultur des Vertrauens zwischen Politik und Unternehmen die Grundlage für Wachstum eröffnet.»¹⁶⁸

Zum Sommerende 2023 veröffentlichte der BDI seine Halbezeitbilanz der Bundesregierung und resümierte: «Die Bundesregierung steht in der Pflicht, die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie abzusichern. Wir brauchen einen gemeinsam getragenen Schub für einen effizienteren, innovativeren und resilienteren Standort»,¹⁶⁹ detailliert untersetzt mit Forderungen zu den Schwerpunkten: preislich günstige stabile Energieversorgung, «Resilienz und strategische Souveränität steigern», Transformation forcieren, Fachkräftemangel entgegenwirken.¹⁷⁰ «Es braucht jetzt eine klare Agenda für Wirtschaft und Industrie, die langfristig Wachstum durch höhere private und öffentliche Investitionen ermöglicht.»¹⁷¹ Etwa zur gleichen Zeit präsentierte eine Arbeitsgruppe aus dem BDSV und dem Förderkreis Deutsches Heer einen Maßnahmenkatalog mit Forderungen «an die Politik», um die «nationale CBRN-Krisenresilienz¹⁷² zu verbessern und zu fördern». ¹⁷³ Und der Arbeitskreis Verteidigung von Bitkom präsentierte seinen «Steckbrief Cloud im Militär». ¹⁷⁴ Dabei geht es «um die resiliente Bereitstellung von IT-Services». ¹⁷⁵ Einheitliche Plattformen sollen auf unterschiedlichen Ebenen genutzt werden können, skalierbar und schnell wiederherstellbar sein. Die vorhandenen Grundkomponenten «Compute – Storage – Networking» sollen «zu einer modularen und flexiblen Plattform als Infrastructure-as-a-Service (IaaS) zusammengebunden werden». ¹⁷⁶

Die Fachkonferenz des BDI und der IG Metall mündete ebenfalls etwa zeitgleich in einen gemeinsamen

Brief ihrer Vorsitzenden an die Fraktionsvorsitzenden von SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen sowie CDU/CSU und die Forderung, dafür einzutreten, dass die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und Investitionswellen für die klimaneutrale Transformation ausgelöst werden.¹⁷⁷ Kaum zwei Wochen später verlangten die Spitzen von BDI und DGB staatliche Maßnahmen, um die Strompreise zu senken und die Lieferketten zu stärken.¹⁷⁸ Die selektive Kooperation von BDI und Gewerkschaften pro Standortkonkurrenz funktioniert also. Für die langfristige Sicherung von Profiten und Konkurrenzvorteilen müssen allerdings auch die den Kapitalverwertungsprozessen unterworfenen natürlichen Lebensbedingungen zumindest begrenzt erhalten und funktionsfähig bleiben. Der BDI-Klimakongress stellte dieses Herangehen erneut klar und forderte eine «Ermöglichungskultur» und «Deutschland-Tempo überall». ¹⁷⁹ Das geht durchaus mit klima- und umweltfeindlicher Opposition gegen Gesetzentwürfe und Gesetze und mit Forderungen nach einem Infrastruktur-Ausbau einher, der den Fortbestand sozial und ökologisch zerstörerischer Produktionsstrukturen befördert oder ihren schleichen Umbau unterstützt. Entsprechend kommentierte der BDI auch den Verlauf der Verhandlungen zum Bundeshaushalt. ¹⁸⁰ Insbesondere würden staatliche Finanzen für die Raumfahrt gebraucht. Im Oktober 2023 veranstaltete der BDI seinen Weltraumkongress und begrüßte besonders den Wirtschaftsberater Roland Berger und die Kooperationspartner Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), Global Perspectives Initiative (zur europäisch-afrikanischen Kooperation GPI¹⁸¹) und das deutsch-israelische European Leadership Network (ELNET) sowie weitere Gäste aus den USA, Europa, Israel und Afrika. ¹⁸²

Der Kongress fokussierte auf NewSpace. Darunter wird «die Kommerzialisierung der Raumfahrt und ihre Verzahnung mit der klassischen Industrie» verstanden, womit «der Markt» laut der gemeinsamen Studie des BDI mit Roland Berger 2040 ein Volumen von 1,25 Bil-

168 Farbe bekennen: Positionspapier der Industrieverbände zur Halbezeitbilanz der Bundesregierung, 31.8.2023, unter: www.vdmnw.de/info-center/nachrichten/detail/positionspapier-des-bdi-halbezeitbilanz-der-bundesregierung

169 Gönner, Tanja: Halbezeitbilanz der Bundesregierung: Krise hat Belastungen für Wohlstand gebracht, Strukturprobleme erneut verstärkt, 28.8.2023, unter: <https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/halbezeitbilanz-der-bundesregierung-krise-hat-belastungen-fuer-wohlstand-gebracht-strukturprobleme-erneut-verstaerkt>

170 BDI: Halbezeitbilanz der Bundesregierung. Was jetzt für den Standort zu tun ist, Berlin 2023.

171 Ebd., S. 1.

172 CBRN: chemisch, biologisch, radiologisch und nuklear.

173 www.bdsv.eu/themen/europa.html

174 Bitkom: Steckbrief Cloud im Militär, Stand: September 2023, unter: www.bitkom.org/sites/main/files/2023-10/technologiesteckbrief-cloud-im-militaer.pdf

175 Ebd., S. 1.

176 Ebd.

177 <https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/pressemitteilung-des-n3tzwerks-zukunft-der-industrie-beschleunigung-von-planungs-und-genehmigungsverfahren-waere-kostenloses-investitionspaket>

178 <https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/bdi-und-dgb-industrielle-wertschoepfungsketten-stehen-unter-extremen-druck>

179 Russwurm, Siegfried: Klimakongress: Täglich wächst das Risiko, weitere Industriebetriebe zu verlieren, 25.9.2023, unter: <https://bdi.eu/artikel/news/klimakongress-taeglich-waechst-das-risiko-weitere-industriebetriebe-zu-verlieren>

180 <https://bdi.eu/#/artikel/news/unternehmen-maximal-verunsichert-schnelle-verfassungskonforme-haushalts-loesung-muss-her>; <https://bdi.eu/#/artikel/news/einigung-zum-bundeshaushalt-2024-ein-tag-zum-jubeln-ist-es-fuer-die-industrie-sicher-nicht>

181 <https://globalperspectives.org/en>

182 Russwurm, Siegfried: Raumfahrt ist kein Selbstzweck, 18.10.2023, unter: <https://bdi.eu/#/artikel/news/raumfahrt-ist-kein-selbstzweck>

lion Euro erreichen würde. NewSpace soll wesentlich dem Aufbau der Infrastruktur für Konnektivität, Daten und KI dienen. Nach Ansicht des BDI-Präsidenten drohe Deutschland im Weltraum «eine erneute Abhängigkeit von ausländischen Staaten und Tech-Unternehmen»,¹⁸³ weshalb nunmehr fünf Herausforderungen stünden: «eine neue Sichtweise auf die Raumfahrt» etablieren, «den souveränen Zugang zum Weltall stärken», «eine staatliche Nutzerstrategie verabschieden», «ambitionierter werden», «unsere Investitionen signifikant erhöhen».¹⁸⁴ Das bedeute insbesondere: «Mit einem europäischen Wettbewerb nach US-Vorbild und der ESA¹⁸⁵ als Ankerkunden könnte privates Kapital für ein europäisches Raumschiff mobilisiert werden. Als europäische Führungsnation in der astronautischen Raumfahrt kommt es dabei besonders auf Deutschland an [...] Wir müssen die staatlichen Mittel effektiver einsetzen und gleichzeitig unsere Investitionen erhöhen. Notwendig ist deshalb ein Systemwechsel in der Raumfahrt nach amerikanischem Vorbild, bei dem der Staat primär als Kunde auftritt. Aufträge sind die effizienteste und ordnungspolitisch beste Form der Unterstützung des NewSpace-Ökosystems [...] Die finanzielle Ausstattung des Nationalen Programms für Weltraum und Innovation trägt der rasant gestiegenen strategischen und gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von Raumfahrt Rechnung [...] Die Zeitenwende ist auch eine Zeitenwende für die Raumfahrt. Deutschland sollte deshalb national mindestens so viel investieren wie sein Partner Frankreich.»¹⁸⁶ Bergers Studie prognostiziert einen wachsenden Weltraummarkt – eine Steigerung um circa 930 Milliarden Euro im Zeitraum von 2021 bis 2040 – und macht Public-private-Partnerships als einen Faktor für die Führungsposition der USA im Weltraum aus.¹⁸⁷

Das bedeutet, dass die über jahrzehntelange Zeiträume hinweg staatlich gesicherten Finanzierungsquellen aus dem öffentlichen Haushalt der USA und die staatlich gewährten ökonomischen Garantien für Konzerne als entscheidende Faktoren für die dominierende Rolle der USA in der globalen Raumfahrt gesehen werden. Dabei ist die militärische Dimension zumindest hochrelevant bzw. primär. Nach dem Weltraumkongress tagte Ende November 2023 die Berliner Sicherheitskonferenz.¹⁸⁸ Dort präsentierte der Gesprächskreis «Innovation Cyber/IT» des strategischen Industriedialogs erstmalig das gemeinsam

durch die Verbände BDSV, BDLI und Bitkom und die Abteilung Cyber/Informationstechnik des Bundesverteidigungsministeriums erarbeitete Positionspapier zum Thema «Software Defined Defence» (SDD).¹⁸⁹ Es zielt darauf, die Interoperabilität von eigenen, aber auch verbündeten bzw. anschließbaren Systemen zu verbessern, Resilienz und Skalierbarkeit zu steigern, die Fähigkeiten bestehender/einzuführender Waffensysteme durch schnelle Softwareupdates, höhere Flexibilität und Agilität zu steigern, um langandauernde Wirkungen strategischer Fehlentscheidungen zu vermeiden.¹⁹⁰ Das Dokument zeigt insbesondere, welche Schwerpunkte zu berücksichtigen seien, um die softwaredefinierte Verteidigung erfolgreich zu implementieren. Dazu gehören weitere konkrete Forschungsaufträge.

Dieser von der «Zeitenwende» geprägten Politik entsprach auch der große «Afrika-Gipfel» Anfang Dezember 2023: «Im zunehmenden globalen Systemwettbewerb gewinnt Afrika für Deutschland rasant an strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung.»¹⁹¹ Der Vorsitzende der Subsahara-Initiative der deutschen Wirtschaft (SAFRI), Thomas Schäfer, Mitglied des Konzernvorstands der Volkswagen AG und CEO der Marke VW deklarierte: «Um das enorme Potenzial Afrikas auszuschöpfen, braucht es Mut der Wirtschaft, politischen Willen und eine offene, vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure.»¹⁹² SAFRI wird partnerschaftlich getragen von der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), dem BDI, dem Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und dem Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft (AV). Die Koordination der SAFRI liegt bei der DIHK und dem BDI. Über SAFRI beteiligt sich der BDI aktiv an der G-20-Initiative Compact with Africa (CwA) und ist Mitorganisator des G-20-Investitionsgipfels für Afrika. Dessen Ziel ist es, über verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen in den CwA-Ländern die ausländischen Privatinvestitionen zu erhöhen. Bundesregierung und BDI geht es um die Bekämpfung von chinesischem und russischem Einfluss in Afrika, um die Sicherung von Rohstoff- und Energieimporten, um die langfristige Sicherung von Profiten und geopolitischen sowie geoökonomischen Positionen. Am Tag danach, beim EU-China-Gipfel, hieß es dann, dass China «mit seinem Streben nach Sicherheit und Kontrolle die Logik

183 Ebd.

184 Ebd.

185 ESA=Europäische Raumfahrtagentur ESA (www.esa.int/).

186 Russwurm: Raumfahrt ist kein Selbstzweck.

187 Berger, Roland: Weltraumbeflügeltes Deutschland. Die Bedeutung der Raumfahrt für Deutschlands wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Souveränität und Nachhaltigkeitsziele, Berlin 2023, S. 5, 30.

188 www.euro-defence.eu/programme

189 Software Defined Defence. Positionspapier des BDSV, BDLI, Bitkom und BMVg.

190 Ebd., S. 8.

191 <https://bdi.eu/#/artikel/news/grosser-afrika-gipfel-in-berlin-wer-umwirbt-wen>

192 www.safri.de

von freien Märkten und offenem Handel [untergräbt] [...] Die Wirtschaftspartnerschaft ist für die europäische Industrie nur nachhaltig, wenn China Wettbewerbsgleichheit für ausländische Unternehmen herstellt, zum Beispiel bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Ein Decoupling ist nicht im Interesse unserer Unternehmen.»¹⁹³ Aber auch der erreichte politische Kompromiss im Trilog (informelles Verhandlungstreffen der Vertreter der am EU-Gesetzgebungsprozess beteiligten Institutionen: Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Ministerrat) zur EU-Lieferkettenregulierung sei nicht im Interesse des BDI und seiner Mitglieder. Er «bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft, da sich Unternehmen aufgrund rechtsunsicherer Bestimmungen und dadurch drohender Sanktions- und Haftungsrisiken aus wichtigen Drittländern zurückziehen könnten. Menschenrechten und Umwelt wird durch den Rückzug europäischer Unternehmen kein Dienst erwiesen – im Gegenteil».¹⁹⁴ Der BDI, dem selbst von vielen Unternehmen, die die einfachere Handhabung des EU-Lieferkettengesetzes gegenüber dem deutschen Lieferkettengesetz würdigen, widersprochen wurde, setzte sich politisch durch: Nach heutigem Stand bringt Deutschland das EU-Projekt zum Scheitern.

Der BDI hatte im Herbst 2023 seine Prioritäten für die EU-Legislatur 2023 bis 2029 vorgelegt.¹⁹⁵ Ohne jede Überraschung heißt es: «Die EU muss sich in den nächsten fünf Jahren in einem Umfeld mit zunehmenden geopolitischen Verwerfungen und einem verschärften globalen Standortwettbewerb behaupten. Diese Herausforderungen kann Europa nur mit einer politischen Agenda meistern, die wirtschaftliche Stärke als notwendige Voraussetzung für Resilienz, Sicherheit, Digitalisierung sowie Klima- und Umweltschutz begreift.»¹⁹⁶ Daher seien folgende Initiativen prioritär: die Wirtschaftsbeziehungen konsequent zu diversifizieren, neue Freihandelsabkommen und andere Kooperationsformate auszubauen, eine neue Balance zwischen Nachhaltigkeitsanforderungen und strategischen Wirtschaftsinteressen zu finden, Europas Verteidigungsfähigkeit und den Europäischen Binnenmarkt im internationalen Standortwettbewerb entschlossen zu stärken, darüber hinaus für die Finan-

zierung strategischer Zukunftsinvestitionen für die grüne und digitale Transformation sowie für Sicherheit und Verteidigung zu sorgen, Fördermaßnahmen zu beschleunigen und zu erleichtern, gesellschaftliche Technologieoffenheit zu stärken, in Kompetenzen sowie Fachkräfteausbildung zu investieren, die Rahmenbedingungen für die Datennutzung in Europa zu verbessern, gezielt die Entwicklung neuer innovativer Technologien zu fördern, den Green Deal industriepolitisch zu flankieren, um im globalen Wettbewerb im Bereich grüne Zukunftstechnologien Anschluss zu halten, Industrien bei der Transformation zu unterstützen, den Markthochlauf von Net-Zero-Technologien zu fördern, Genehmigungsverfahren systematisch zu beschleunigen, Zielkonflikte und regulatorische Widersprüche zu lösen sowie international wettbewerbsfähige Strompreise zu gewährleisten und das Angebot auf dem Strommarkt¹⁹⁷ zügig auszuweiten.¹⁹⁸ Der BDI-Präsident und der BDI insgesamt machten zu Beginn des Jahres 2024 erneut klar, wie selektiv und inkonsequent sie an «grüne Zukunftstechnologien» und «Sicherheit» herangehen: Erstens halten sie an der überkommenen Wachstumsfixiertheit fest, denn Wachstum bleibt bei Russwurm auch 2024 wichtigster Gradmesser erfolgreicher Wirtschaftspolitik.¹⁹⁹ Zweitens drängen sie weiterhin auf den Ausbau der Wasserstofftechnologien und noch verstärkt auf eine Gesetzgebung zugunsten von «Dekarbonisierung der Industrie und Carbon Management» für CCUS-Projekte (Kohlenstoffabscheidung, -verwertung und -speicherung). Das bedeutet aber ein Festhalten an der Nutzung fossiler Energieträger und von konservativen Technologien in den Bereichen Energiewirtschaft, Grund- und Baustoffindustrie sowie Metallurgie. Drittens drängt der BDI mit seinem Präsidenten und seinen Mitgliedsverbänden auf eine weitere Militarisierung. Leider ist es ihnen gelungen, hierfür nicht «nur» das Bündnis «Zukunft der Industrie» fortzuführen, sondern teilweise sogar Umweltverbände zu gewinnen. Das betrifft konkret den WWF in Deutschland und den NABU, die beide Spenden von Unternehmen erhalten. So haben BDI, DGB, WWF und NABU unter der Überschrift «Industrietransformation aus einem Guss» ein gemeinsames Thesenpapier vorgelegt, mit dem sie eine klare Weichenstellung zugunsten der ökonomisch und ökologisch

193 Russwurm, Siegfried: EU-China-Gipfel: «Wichtiger Impuls für eine Kommunikation auf Augenhöhe», 17.12.2023, unter: <https://bdi.eu/#/artikel/news/eu-china-gipfel-wichtiger-impuls-fuer-eine-kommunikation-auf-augenhoehe>

194 Gönner, Tanja: EU-Lieferkettenregulierung: Kompromiss bedroht europäische Wirtschaft, 14.12.2023, unter: <https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/eu-lieferkettenregulierung-kompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft>

195 BDI: Europas Herausforderungen meistern – mit einer wettbewerbsfähigen Industrie, BDI-Prioritäten für die europäische Legislatur 2024-2029, Berlin 2023.

196 Ebd., S. 1.

197 BDI/BCG/IW: Transformationspfade für das Industrieland Deutschland. Industrie unter Spannung: Deutsche Strompreise im internationalen Vergleich, Berlin 2023.

198 Ebd., S. 1–2.

199 <https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/bdi-konjunktuell-stillstand-in-deutschland-abstand-zur-weltwirtschaft-vergroessert-sich>

hochproblematischen Abscheidung, Deponierung und Nutzung von CO₂ (CCS und CCU) fordern.²⁰⁰ Sie drängen die Bundesregierung, eine Carbon-Management-Strategie vorzulegen, in der «Klarheit über die Zukunft von CCS und CCU»²⁰¹ geschaffen wird. Sie fordern «adäquate ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen»²⁰² für den umfangreichen Einsatz von CCS und CCU. Leider findet dieses Herangehen durch die EU-Kommission Unterstützung.

Dass der BDI den im Januar 2024 vorgelegten Rüstungsbericht und die Haushaltsrede des Verteidigungsministers im Bundestag begrüßt, darf nicht überraschen. Aber auch vonseiten des DGB, der IG Metall und der Umweltverbände kam dazu keine klar vernehmbare Kritik. So heißt es etwa zur Produktion des Schützenpanzers Puma: «Das Waffensystem [...] trägt wesentlich zur Auslastung und damit Sicherung der nationalen Fertigungskapazitäten im Bereich der nationalen Schlüsseltechnologie gepanzerte Fahrzeuge (Kette) bei [...] Zudem werden weiterhin Ingenieurskapazitäten im Rahmen der beschaffungs begleitenden Entwicklungsarbeiten ausgelastet.»²⁰³ Auch das Interesse von Regionen an Rüstung soll gestärkt werden: «Die industrielle Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Lockheed Martin, Northrop Grumman und Rheinmetall wurde im August 2023 mit dem ersten Spatenstich zum Bau einer Pro-

duktionsstätte für F-35 Rumpfmittelteile in Weeze konkretisiert. Diese Industriekooperation schafft für die Region neue Arbeitsplätze und baut Kompetenzen in Deutschland auf.»²⁰⁴ Nahezu zeitgleich legte der BDI-Mitgliederverband BDLI das erste Fokuspapier 2024 zu seiner militärischen Industriestrategie vor.²⁰⁵ Und der BDI-Mitgliederverband Bitkom drängt erneut energisch auf digitale Souveränität.²⁰⁶

Im Februar 2024 verständigten sich das Wirtschaftsforum der SPD, die IG Metall und der BDI-Mitgliederverband BDSV unter dem Motto «Souveränität und Resilienz sichern» auf «Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie»²⁰⁷. Sie fordern eine Investitions- und Innovationsoffensive zur Stärkung der deutschen Verteidigungsunternehmen. Dafür sollen staatliche Planung und wirtschaftspolitische Förderung zum Tragen kommen. Eine Absenkung ökologischer Standards wird als hinnehmbar bzw. erforderlich gesehen.²⁰⁸ «Nationale und europäische Rüstungsprojekte sind für den Hochtechnologiestandort Deutschland entscheidende Impulsgeber. Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Wirtschaftlichkeit sind wesentliche Grundlagen, um die von Deutschland angestrebte Rolle in der europäischen SVI zu erreichen.»²⁰⁹ Hochrüstung kann allerdings nicht den Lebensinteressen der IG-Metall-Mitglieder entsprechen.

200 BDI/DGB/NABU/WWF: Industrietransformation aus einem Guss, unter: <https://bdi.eu/artikel/news/industrietransformation-aus-einem-guss-carbon-management>

201 Ebd.

202 Ebd.

203 Bundesministerium für Verteidigung: 18. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten, Teil 1, Berlin 2024, S. 83.

204 Ebd., S. 51.

205 BDLI: Militärische Industriestrategie. Fokuspapier 1: Nachhaltiger Schub für eine starke militärische Luftfahrt, Berlin 2024.

206 www.Bitkom.org/Presse/Presseinformation/Souveraenitaet-Abhaengigkeit-Digitalimporten-waechst#item-19014-close

207 www.spd-wirtschaftsforum.de/presse/verteidigungsindustrie-zukunftsfahig-machen-ig-metall-spd-wirtschaftsforum-und-bdsv-fordern-eigene-industriepolitik

208 Ebd., S. 5.

209 Ebd., S. 11.

3 FÜNF KURZE SCHLUSSEFOLGERUNGEN

Erstens: Der Begriff «Zeitenwende» wurde zwar vor dem großdimensionierten russischen Überfall auf die Ukraine eingeführt, aber erlangte seine politische Bedeutung und Wirkung erst durch die Rede des Bundeskanzlers vom 27. Februar 2022 und in Verbindung mit dem Beschluss zu einem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr, der Ankündigung, das «Zwei-Prozent-Mindestziel» der NATO in den nächsten Jahren zu erreichen, der Entscheidung, F-35-Flugzeuge zu beschaffen, um an der «nuklearen Abschreckungsstrategie» der NATO zu partizipieren, Waffen in Kriegsgebiete zu liefern und bewaffnete Drohnen zu organisieren. Diese Maßnahmen waren bereits geläufige Themen in der sicherheitspolitischen Debatte und nicht zuletzt besondere Streitpunkte in der SPD. Die Diskussion ging mit der Stärkung des Militärischen in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik einher, sowohl bezogen auf die Bundesrepublik als auch auf die Europäische Union. In diesem Kontext steht auch der kurz nach dem 27. Februar 2022 publizierte Beitrag der Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik und des Forschungsdirektors der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zur «europäischen Zeitenwende». Beide beraten insbesondere die Bundesregierung und diese folgt der Idee der Institute zur Schaffung einer neuen Sicherheitsordnung, die «ohne oder gegen Russland funktioniert, aber bereits andere Konflikte wie mit China und Verschiebungen von Macht und Konflikte durch den Klimawandel mitdenkt». ²¹⁰ Sie würde auf «vier Pfeilern ruhen»: Durchsetzung eigener Prinzipien, Geopolitik, Wirtschaft und Verteidigung. Resümierend heißt es: «Deutschlands Beitrag zu dieser europäischen Neuaufstellung ist entscheidend. Politisch braucht es die Regierung in Berlin, um die anderen Europäer hinter diesen Zielen zu vereinen. Wirtschaftlich bleibt Deutschland das Powerhouse, das beispielhaft vorangehen kann [...] Sicherheitspolitisch hat Deutschland absehbar den größten Verteidigungshaushalt in Europa.» ²¹¹ Seit September 2022 ist auch regierungsoffiziell von einer militärischen Führungsrolle der Bundesrepublik in Europa die Rede: «Deutschlands Größe, seine geografische Lage, seine Wirtschaftskraft, kurz: sein Gewicht, machen uns zu einer Führungsmacht [...] auch im Militärischen.» ²¹² Daher und dafür würde ein «Kulturwechsel» gebraucht. ²¹³ Dieses Verständnis und Herangehen werden zunehmend konkretisiert

und weitergeführt, auch und insbesondere in der wieder aufgenommenen Debatte zu «europäischer Souveränität» bzw. «strategischer Autonomie» der EU. An diesen Debatten ist der BDI mit seinen Mitgliedern wie dem BDSV und Bitkom beteiligt und fokussiert auf die widersprüchliche Verbindung von Geo-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Industrie- und SVI-Entwicklung sowie neoliberaler Politik. Diese Verbindung und der mit ihr verknüpfte Wille zur – auch militärisch – offensiven Verteidigung und Stärkung eigener globalpolitischer Positionen macht die «Zeitenwende» aus. Neu sind dabei die Dimension, die zunehmende Konsistenz und die Intensität, mit denen auf die militärischen Fähigkeiten und ein gemeinsames Agieren «Europas» bzw. «des Westens» orientiert wird, um insbesondere bzw. letztendlich den globalen Akteur China einzuhegen und gegebenenfalls zu zerstören. Diese Kursnahme erfolgt vor dem Hintergrund dramatischer technisch-technologischer, demografischer, sozialer und kultureller Entwicklungen, von Gewalteskalation, enormen globalen Problemen und rasantem Voranschreiten ökologischer Krisen mit der Tendenz des Verschwindens der natürlichen Lebensbedingungen.

Zweitens: Daraus folgen aber auch von Neuem Interessenwidersprüche sowohl unter den herrschenden Kapitaleliten als auch in der Gesellschaft insgesamt: Einerseits fordern Kapitaleliten staatliches Engagement für die Abwendung des ökologischen Kollapses, die Sicherung der Ressourcenzufuhr, die Verfügbarkeit ausreichend geeigneter Arbeitskräfte und Leistungen der produktiven, sicherheitspolitischen, reproduktiven bzw. sozialen Infrastruktur, für Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Skalierung von Produktion in konkreten Industriebereichen und Unternehmen. Andererseits fordern Kapitaleliten Druck auf Sozialausgaben, Löhne, Steuern, insbesondere für Wohlhabende, Reiche, Finanzinstitutionen bzw. Konzerne, und drängen auf die weitgehende Verhinderung von Sozialprotesten auch mittels sozialpolitischer Maßnahmen. Hinzu kommen politische Divergenzen unter den Kapitaleliten wie zum Beispiel bei der Einschätzung der politischen und insbesondere der europäischen und globalen Situation, beim Umgang mit konkreten Krisen und menschheitlichen Existenzfragen, hinsichtlich der Militarisierung, der Rolle der Finanzmarktakteure und -märkte, nachhaltiger Industriepolitik, demokratischer, sozialer und

210 Major, Claudia/Ondarza, Claudia von: Zeitenwende (auch) für die Europäische Souveränität, in: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte, 14.10.2022, unter: www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/festung-europa-2022/514219/zeitenwende-auch-fuer-die-europaeische-souveraenitaet

211 Ebd.

212 Lambrecht, Christine: Grundsatzrede zur Sicherheitsstrategie: Streitkräfte wieder in den Fokus rücken, 13.9.2022, unter: www.bmvg.de/de/aktuelles/grundsatzrede-zur-sicherheitsstrategie-5494864

213 Ebd.

ökologischer Standards, Migration, Frauenquoten für Leitungsgremien, Aufwand-Nutzen- bzw. Risiken-Chancen-Abwägungen usw. Es werden wirtschaftliche Akteure herausgefordert, die von den geopolitischen Forderungen bzw. Entscheidungen mehr oder weniger empfindlich betroffen sind, weil sie Exportumsätze verlieren, teure Importe organisieren oder vielfach kostenintensive Produktionsumstellungen und Betriebsanpassungen durchführen müssen. Sie verlangen staatliche Entschädigung und Unterstützung, die andere wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Akteure nicht durch staatliche Auftrags- und Subventionsstreichung, Steuererhöhung bzw. Abgaben und ordnungspolitische Regelungen ermöglichen wollen. Damit drohen die Lasten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für große Teile der Bevölkerung bzw. die Bevölkerungsmehrheit weiter zu wachsen. Tendenziell mehren sich egoistische Stimmungen und Haltungen, mehr oder weniger mit Nationalismus, Rassismus und Gewaltbereitschaft kombiniert.

Nach Luxemburg wäre insbesondere zu analysieren, wie vonseiten der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie emanzipativ-solidarischer und ökologischer Akteure die Interessenwidersprüche unter den Kapitaleliten so zuzuspitzen und auszunutzen wären, dass die eigenen Interessen sowie gesellschaftliche Solidarität verteidigt und durchgesetzt, darüber hinaus Kriege, ökologische Zerstörung, Gewalteskalation in der Gesellschaft gestoppt, vermindert, bekämpft und perspektivisch überwunden werden können. Damit wäre zugleich zu analysieren und zu diskutieren, wie emanzipativ-solidarisch orientierte Akteure zu individuellem und kollektivem Handeln zu ermutigen und zu befähigen sind, die Möglichkeiten sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung zu verteidigen und zunehmend zu erschließen. Dies erfordert politische Arbeit an gesellschaftlichen Bündnissen, die die Widersprüche im eigenen Handeln thematisieren, solidarisch kommunizieren und kooperieren, eine Kultur leben, um größer, vernetzter und politikwirksamer zu werden.

Drittens: Dem BDI ist es seit seiner Gründung gelungen, seine Handlungsmöglichkeiten aufzuspüren, zu nutzen und zu erweitern. Dafür waren und sind die vielfältigen Aktivitäten seiner Mitgliederorganisationen wichtig. Gemeinsam mit ihnen orientiert(e) der BDI auf Profitmaximierung und die Sicherung entsprechender Kapitalverwertungsbedingungen, auf Export- und somit internationale Konkurrenzserfolge der Unternehmen und des «Standorts Deutschland».

Das gilt auch und insbesondere für Exporte der SVI und von Double-Use-Gütern (siehe Anhang) und den Militärstandort. Dass das Gewicht des BDI in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, im gesamten gesellschaftlichen Leben gewachsen ist, erfordert von Sozialistinnen und Sozialisten eine «schonungslose Selbstkritik», die «nicht bloß das Daseinsrecht», sondern auch «die oberste Pflicht» ist.²¹⁴ So wäre insbesondere zu klären, welchen Stellenwert die kollektive Reflexion der analysierten und genutzten politischen Handlungsbedingungen hat. Dabei wäre die Frage zu beantworten, wie konkret die Gegner beobachtet, ihre Interessen und ihr Handeln erörtert wurden, zu welchen Schlussfolgerungen das geführt hat, wie mit welchen Ergebnissen diesen Schlüssen gefolgt wurde und was daraus zu lernen ist. Auch die regierenden und offiziellen politischen Akteure handeln immer in Bezug auf andere. Es ist daher erforderlich, so früh wie möglich und so konkret wie möglich vor den Verlautbarungen der Unternehmerverbände und Befehlshabenden, vor dem Agieren der Regierenden, den Debatten in den Parlamenten die eigenen Positionen und Forderungen zu konkreten Sachverhalten zu artikulieren und politisches Handeln zu organisieren. Es gilt, die Gegner und potenziellen Partnerinnen und Partner praktisch herauszufordern, statt sich von den Gegnern herausfordern zu lassen, denn dies bedeutet bereits Zeit-, Positions- und Handlungsverlust. Dieser ist lebensgefährlich angesichts der aufgezeigten herrschenden Tendenzen zum (weiteren) Umbau der Gesellschaft und zu ihren Auswirkungen. Zu diesen hinzu kommen dynamische Entwicklungen, die Komplexität forcieren und Eigendynamiken auslösen, wodurch die Expansionsneigungen der Konzerne der SVI und der Netzwerke bzw. Vernetzungen, an denen sie beteiligt sind, weiter bestärkt werden.

Viertens: Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise geht mit der Veränderung der Akteure, ihrer Stoffwechselprozesse mit der Natur und der Verhältnisse zwischen den Gesellschaftsmitgliedern einher, mit der Entfaltung von Kapitalverhältnissen. Historisch haben sich widersprüchlich und im Kampf der Interessen und Tendenzen Zusammenhänge herausgebildet und entwickelt, die zurückgehen auf Eroberung, Krieg und Kolonialismus, Staatsschuld und Staatsauftrag, Aktien- bzw. Kapitalgesellschaften, Technologien, Manufaktur, Fabrik, moderne Unternehmen, Kreditsystem, Kapitalakkumulation und -konzentration sowie Vergesellschaftung der Arbeit bzw. sozialer Ausgrenzung.²¹⁵ Das heißt, der Kapitalakkumulation liegen Technologie- und Produktivkraftentwicklung

214 Luxemburg, Rosa: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 2000 [1916], S. 55.

215 Dellheim; Judith: Diskussionsangebot für die Analyse politischer Handlungsbedingungen und die daraus zu ziehenden praktischen Konsequenzen, in: Solty, Ingar/Serfati, Claude/Dellheim, Judith (Hg.): Sicherheitspolitik contra Sicherheit. Zur Symbiose von Rüstung und Industrie in der Europäischen Union, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte – Neue Folge 24, Berlin 2020, S. 89–118.

und Gewalt zugrunde und sind ihr immanent.²¹⁶ Diese Gewalt zeigt sich offen bzw. wird als einander bestärkende primäre und sekundäre Ausbeutung in der Konkurrenz wirksam. Die Verteidigung und Verbesserung der Bedingungen für die Kapitalakkumulation und so den eigenen Standort in den gesellschaftlichen und internationalen Verhältnissen bzw. Hierarchien sind insbesondere eine Frage der Technologieanwendung, der damit verbundenen Infrastrukturen und der intellektuellen, ökonomischen und kulturellen Attraktivität. Daher kommt den Technologien eine Schlüsselstellung zu. Ihre mehr oder weniger direkte staatliche Förderung hat einerseits einen technologischen Vorsprung und ein schnelleres Wachstum der SVI gegenüber der übrigen Wirtschaft bewirkt²¹⁷ und der SVI zum attraktiven Image von Kreativität und Fortschritt verholfen. Andererseits ist damit ein tendenziell wachsendes Gewicht des Militärischen und der «Sicherheitspolitik» und so der Gewalt im gesellschaftlichen Wirtschaftsleben verbunden. Das geht ebenso tendenziell einher mit einer entsprechenden Ideologie, Propaganda und Kultur sowie gezielt entwickelten Strategien. Ihre Realisierung bewirkt wiederum ein tendenziell zunehmendes Gewicht des Militärischen/der «Sicherheitspolitik» und der Gewalt im gesellschaftlichen Leben. Hinzu kommt ein neoliberal begründeter unzulänglich vorsorgender Umgang mit der öffentlichen Infrastruktur bzw. ein Mangel an Ressourcen für diese. So wird in besonderen Krisen wie Pandemien oder Hochwasser das Militär eingesetzt, um zivile Funktionen zu erfüllen.²¹⁸

Wird die Infrastruktur dann wiederhergestellt, modernisiert und ausgebaut, soll sie vielfach von Beginn an militärischen Interessen entsprechen, wie zum Beispiel bei Brücken, die schwere Militärfahrzeuge tragen sollen.²¹⁹ Ähnliche Prozesse sind im öffentlichen Leben zu beobachten: So sind zum Beispiel Militärangehörige als «Nebenbei-Lehrer» für Mathematik in einigen Schulen aktiv, was nicht gegen persönliches Engagement für den Mathematikunterricht spricht, sondern gegen Lehrkräftemangel und militärische Werbung in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Die problematisierten Zusammenhänge werden in Deutschland durch den BDI mit seinen Mitgliedern

und ihren mehr als 100.000 Unternehmen forciert. Er kann ein breites bundesweites und internationales Netzwerk beeinflussen und vielfältig nutzen.²²⁰ Auch der BDSV kann allein über seine Kooperation mit Bitkom und BDLI, seine Messeaktivitäten,²²¹ Gremien,²²² Adressaten und Auftraggeber sowie seine vielfältigen Kooperationen in der Bundesrepublik, in der EU und NATO enorme Vernetzungspotenziale wirksam machen und erneut Tendenzen zu Gewalt und zum ökologischen Kollaps befördern. Das hält weite Teile der Gesellschaft nicht davon ab, von der Expansion der SVI über Finanzmarkttransaktionen profitieren zu wollen.²²³ Die SVI als technologischer Hotspot «sammelt» für sie Nützliches ein und befördert weitere Vergesellschaftung von Arbeit. Abstrakte gesellschaftliche Arbeit wird tendenziell absolut und relativ zunehmend durch SVI-Produzenten und ihre Partner konkret verausgabt, der Warenwert wird tendenziell zunehmend durch von ihnen verausgabte gesellschaftliche Arbeit bestimmt, was Auswirkungen auf das Geld als Kristallisation von Verhältnissen zwischen vielfältigen Wareneigentümern und Warenproduzenten hat. Derartige Entwicklungen und Wirkungen wären wesentlich intensiver und qualifizierter politökonomisch zu ergründen und zu erklären. Das könnte bei der Arbeit an Gegenstrategien helfen.

Fünftens: Der Text soll zumindest zu drei praktischen Konsequenzen führen:

a) Mit bzw. in den Gewerkschaften wären die drei gesellschaftlichen Bündnisse «Konzertierte Aktion», «Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit» und Bündnis «Zukunft der Industrie», aber auch die Ermöglichung und gesellschaftlichen Konsequenzen der «Agenda 2010» kritisch und selbstkritisch zu reflektieren. Dabei wären insbesondere die Folgen für die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit und die mit den Bündnissen widersprüchlich mehr oder weniger direkt verknüpften Militarisierungsschritte zu analysieren. Darüber hinaus fordert das Positionspapier «Souveränität und Resilienz sichern» zur Auseinandersetzung über die Aufgaben von Gewerkschaften heraus.

b) Wiederum gemeinsam mit den Gewerkschaften bzw. ihren interessierten Teilen, aber auch mit

216 Gerstenberger, Heide: Markt und Gewalt: Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus, Münster 2016.

217 Serfati, Claude: Frankreichs militärischer Machthebel und die «europäische Verteidigung», in: Soltz u. a.: Sicherheitspolitik contra Sicherheit, S. 16–88.

218 Dellheim, Judith: «European autonomy» – driver of further militarisation of the EU, 2021, unter: www.academia.edu/80639956/Draft_European_autonomy_driver_of_further_militarisation_of_the_EU

219 www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/fuehrungsakademie-der-bundeswehr/mediathek/brueckenbau-zwischen-kontinenten-5038966

220 <https://bdi.eu/der-bdi/netzwerk>

221 www.enforcetac.com/de-de/alles-ueber-die-messe/schirmherrschaft-partner/partner; www.bdsv.eu/bdsv-exhibitions/%C3%BCber-bdsv-exhibitions.html

222 www.bdsv.eu/%C3%BCber-uns/gremien.html

223 Die Schweizer *Handelszeitung* empfiehlt aus Renditeerwägungen am Kauf von Rüstungsaktien Interessierten aus Diversifikationsgründen auf Einzelaktien zu verzichten. So bietet der börsenhandelte Indexfonds (ETF) von SPDR S&P Aerospace & Defense vom US-Finanzhaus State Street den Vorteil, die Aktien im Fonds gleich zu gewichten. So kann ein einziges Unternehmen nicht den gesamten ETF nach unten ziehen. Die Performance dieses ETF lässt seit 2012 die ETF des US-Leitaktienindex S&P der 500 größten US-Unternehmen hinter sich, und dieser wird von Technologie-Konzernen wie Apple und Google dominiert. Ihre Aktienkurse sind in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen (siehe www.handelszeitung.ch/musterportfolios/borsennews/russland-sorgt-fur-rekorde-bei-rustungsfirmen-363507).

anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wäre die Offensive der Regierenden und ihrer Partner zur Vernetzung ziviler Bereiche der Gesellschaft und ihrer Wirtschaftssphäre mit dem Militärischen und einer entsprechenden «Sicherheitspolitik» zu stoppen und bereits erfolgte Schritte wären soweit wie möglich rückgängig zu machen. Zumindest wären die realen und potenziellen Folgen dieser gefährlichen Entwicklung offensiv zu diskutieren. Und selbstverständlich wären ihre Ursachen sowie die Verursacher dieser Vernetzung offenzulegen und Strategien ihrer Bekämpfung zu erarbeiten. Konkrete Abrüstung und eine alternative Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Kontext mit sozialökologischer Transformation wären zu diskutieren, entsprechende Forderungen und Konzepte zu qualifizieren bzw. zu erarbeiten und gezielt zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung zu machen. Daher wäre zunächst die Kommunikation unter den vielen und vielfältigen Akteuren, die mehr oder weniger lange und intensiv dies alles bereits tun, zu initiieren bzw. zu befördern. Dafür könnte Wirtschaftspolitik für eine an physischer und psychischer Gesundheit und daher an Frieden sowie Klima und Ökologie ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung ein Kommunikationsangebot sein. Darin wäre kein Platz für pauschal positive Bezüge zu KMU, denn in und für die SVI agieren eine große Anzahl KMU.

c) Werden ausgehend von bzw. im Rahmen von b) zum einen jene Persönlichkeiten, Initiativen, Organisationen, NGOs und Institutionen betrachtet, die konkret herrschende Politik und ihre Akteure beobachten, besondere Sachverhalte gezielt skandalisieren und von diesen ausgehend punktuell politisch intervenieren, ergibt sich eine große Vielzahl von Aktiven und Aktivitäten.²²⁴ Diese erklären und adressieren Details der Reproduktion von Kapitaloligarchien, die sich auf hochkonzentriertes und -zentralisiertes Kapital zur Mobilisierung und Realisierung primärer und sekundärer Ausbeutung stützen. Die Kapitaloligarchien bzw. ihre Mitglieder verfügen über den Zugriff auf entscheidende Bereiche der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens: Energieträger und Energie, Naturressourcen und Grundstoffe wie Nahrungsmittel und Wasser, das Transportsystem, die SVI, Hochtechnologien und Finanzen einerseits und Politik, Militär und Polizei, Justiz, Buchhaltung und Beratung, Lobbying, Medien, Bildung, Wissenschaft und Kultur andererseits. Und offenbar kooperieren diese Kapitaloligarchien bzw. ihre Mitglieder in ihrem Sinne erfolgreich

mit breiten Kreisen in der SPD und in den Gewerkschaften wie der IG Metall.

Radikale Oligarchiekritik und das Kommunikationsangebot für eine an individueller und öffentlicher Gesundheit, an Frieden und Klima/Ökologie ausgerichteten wirtschaftlichen Entwicklung und so für eine entsprechende Wirtschaftspolitik könnten «kulturell ermöglichen» helfen, dass sich Bündnisse der emanzipativ-solidarischen Akteure für eine alternative «Zeitenwende»²²⁵ herausbilden und zunehmend gesellschaftspolitisch wirksam werden. Es geht um eine «Zeitenwende» hin zu gerechten, solidarischen, sozial und ökologisch nachhaltigen Problemlösungen. Linke, Sozialistinnen und Sozialisten sind gefordert, alles zu tun, um diese Möglichkeit fortschreitend und somit nachhaltig zu erschließen. Dazu gehört eine kulturelle Selbsterneuerung, wofür sich die kritische und selbstkritische Re-Lektüre von Luxemburgs literarischer Hinterlassenschaft als unschätzbare Hilfe erweisen kann. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 sind eine Herausforderung für die linken und sozialistischen Kräfte, ihre Arbeitsweise zu hinterfragen und zu verändern sowie eine «Zeitenwende» ihrer Praxen einzuleiten.

Anmerkung

Die gesamte Entwicklung des BDI ist mit führenden politischen, staatlichen und militärischen Akteuren bzw. Institutionen verwoben: Der Vorläufer des BDI ist der offiziell im April 1919 gegründete Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI). Dieser entstand aus dem Zusammenschluss des Bundes der Industriellen, des Centralverbands deutscher Industrieller und des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. Ein relevanter Teil von ihm gründete 1926 in Zusammenarbeit mit dem Heereswaffenamt die geheime Rüstungsorganisation Stega. In der Weltwirtschaftskrise wollte der rechte Flügel, vorwiegend bestehend aus Schwerindustriellen und kleineren Unternehmern, einen autoritären Staat schaffen helfen und grenzte sich nicht von der NSDAP ab. Aber die offenen Hitler-Anhänger wie Fritz Thyssen waren zunächst in kleiner Minderheit. Im Oktober 1930 initiierte der Bergbauverein die «Wirtschaftspropagandistische Abteilung» des RDI, die sich nicht zuletzt mit den wirtschaftspolitischen Optionen der NSDAP und des Faschismus beschäftigte. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten vereinigte sich im Juni 1933 der RDI mit der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zum Reichsstand der Deutschen Industrie, wofür sich insbeson-

224 Z. B. IMI, CEOwatch, Lobby Conral, Transparency International mit seiner deutschen Sektion, Tribunal gegen TNC, Initiative gegen Bayer-Gefahren, Ethecon.

225 Kurz, Rudi/Spangenberg, Joachim: Zeitenwende: Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert, 27.2.2022, unter: www.oekom.de/beitrag/zeitenwende-sicherheitspolitik-im-21-jahrhundert-360

dere Thyssen stark engagierte.²²⁶ Dass die deutsche Industrie eine Stütze des deutschen Faschismus war, Krieg, Mord und Zwangsarbeit als Instrumente der Profitmaximierung nutzte, ist vielfach bewiesen und diskutiert. Unter den Westalliierten gab es zunächst Meinungs- und Interessenunterschiede in der Frage eines RDI-Nachfolgers. Das hatte insbesondere mit einer zeitweise unterschiedlichen Haltung in der Frage nach der Interpretation und dem Umgang mit

dem Potsdamer Abkommen zu tun. Dieses schloss die Bildung zentralisierter Wirtschaftsstrukturen aus. 1949 wurde zunächst der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet, aber wenige Tage danach begann auf Initiative der Westalliierten der Ausschuss für Wirtschaftsfragen von 32 industriellen Verbänden und Arbeitsgemeinschaften sein offizielles Dasein.²²⁷ Anfang 1950 erfolgte die Umbenennung in Bundesverband der Deutschen Industrie.

²²⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsverband_der_Deutschen_Industrie

²²⁷ «Der Zweck ist, eine geschlossene, möglichst alle Wirtschaftszweige umfassende, schlagkräftige Vertretung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der industriellen Unternehmer zu schaffen. Aus dieser Zielsetzung heraus ergeben sich einige Gedanken, die wir bei unseren Erörterungen und Maßnahmen berücksichtigen sollten: Wir wollen die Interessen der industriellen Unternehmer vertreten. Das besagt, dass wir uns auf der einen Seite davor hüten müssen, Interessentenpolitik zu betreiben, die einseitig versuchen würde, den Standpunkt der produzierenden Wirtschaft ohne genügende Rücksichtnahme auf das Gesamtwohl wahrzunehmen. Andererseits erfordert es gerade das Gedeihen der gesamten Wirtschaft, die besonderen Interessen der produzierenden Wirtschaft mit aller Deutlichkeit so zu vertreten, dass sie bei den großen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausreichend zum Zuge kommen. Wir sehen uns dabei als Sachwalter der industriellen U n t e r n e h m e r an. Wir sind überzeugt davon, daß eine gesunde Wirtschaft nur möglich ist, wenn die freie Initiative des schöpferischen Unternehmers sich entfalten kann. Dabei wollen wir die Unternehmer repräsentieren, die Träger der produzierenden Wirtschaft sind, des eigentlichen Fundaments der Wirtschaft.» (https://bdi.eu/media/bdi/Historie/19491019_Bericht_ueber_die_Gruendung_des_Ausschusses_fuer_Wirtschaftsfragen_der_industriellen_Verbaende_Koeln.pdf)

ANHANG

Der BDI hat derzeit 35 Mitglieder, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus sechs Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen.

Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)
Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e. V. (BBS)
Biotechnologie-Industrie-Organisation Deutschland e. V. (BIO Deutschland)
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V. (ZVEI)
Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e. V. (BVEG)
Zentraler Immobilien Ausschuss e. V. (ZIA)
Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e. V. (BDG)
Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (Bitkom)
Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V. (BDLI)
Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)
Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)
Verband Deutscher Papierfabriken e. V. (VDP)
Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e. V. (VRB)
Wirtschaftsvereinigung Stahl
Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V. (WSM)
Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.
Verband der Deutschen Verbundwirtschaft e. V. (VdV)
AG Industriegruppe: Game – Verband der deutschen Games-Branche e. V.
AG Industriegruppe: Verband der Deutschen Automatenindustrie e. V. (VDAI)
AG Industriegruppe: Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie e. V. (VHI)
Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.
Verband Beratender Ingenieure e. V. (VBI)
Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V. (BDE)
Verband Forschender Arzneimittelhersteller e. V. (VFA)
Verband der Kali- und Salzindustrie e. V. (VKS)
Bundesverband Glasindustrie e. V.
Bundesverband Keramische Industrie e. V. (BVKI)
Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V. (BDL)
Wirtschaftsvereinigung Metalle e. V. (WVM)
Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e. V. (Agv MoVe)
Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI)
Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV)
Verband für Anlagentechnik und IndustrieService e. V. (VAIS)
Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse e. V. (BVTE)
Verband der TÜV e. V.
Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)
AG Industriegruppe: Verband der Deutschen Lederindustrie e. V. (VDL)
AG Industriegruppe: Verband der Deutschen Dental-Industrie e. V. (VDDI)
AG Industriegruppe: Bundesverband Schmuck, Uhren, Silberwaren und verwandte Industrien e. V.

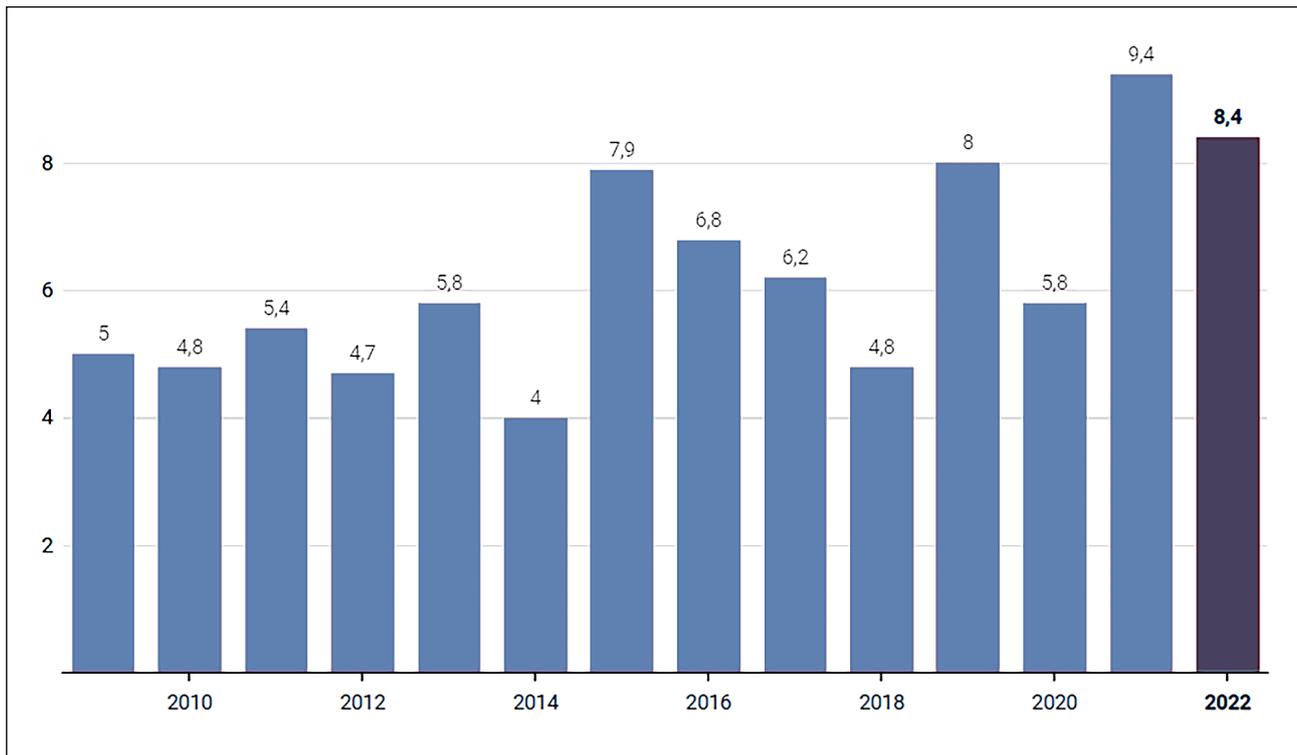
Quelle: BDI, unter: www.bdi.eu

Die Bundesregierung genehmigte 2022 Rüstungsexporte in Höhe von 8,36 Milliarden Euro. Das ist etwa eine Milliarde weniger als der Spitzenwert von 2021 (9,35 Mrd. Euro). Von den genehmigten Rüstungsexporten 2022 hatten die Kriegswaffenexporte einen Anteil von 3,96 Milliarden Euro. Auf die Ukraine entfiel ein Viertel aller Rüstungsgenehmigungen (ca. 2,2 Mrd. Euro). Über 90 Prozent der Rüstungsexporte sollen an die Ukraine und enge Partnerländer zur

Selbstverteidigung gegangen sein. Noch 2021 gingen die meisten Exporte (4,34 Mrd. Euro) nach Ägypten. Die Genehmigungen sollen unter der Vorgängerregierung erteilt worden sein.

Quelle: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/01/20230104-ruistungsexportpolitik-der-bundesregierung-im-jahr-2022-partnerlaender-und-ukraine-sind-schwerpunkt-deutscher-ruistungsexporte-in-2021.html

Abbildung 2: Wert der deutschen Rüstungsexporte von 2009 bis 2022, in Mrd. Euro



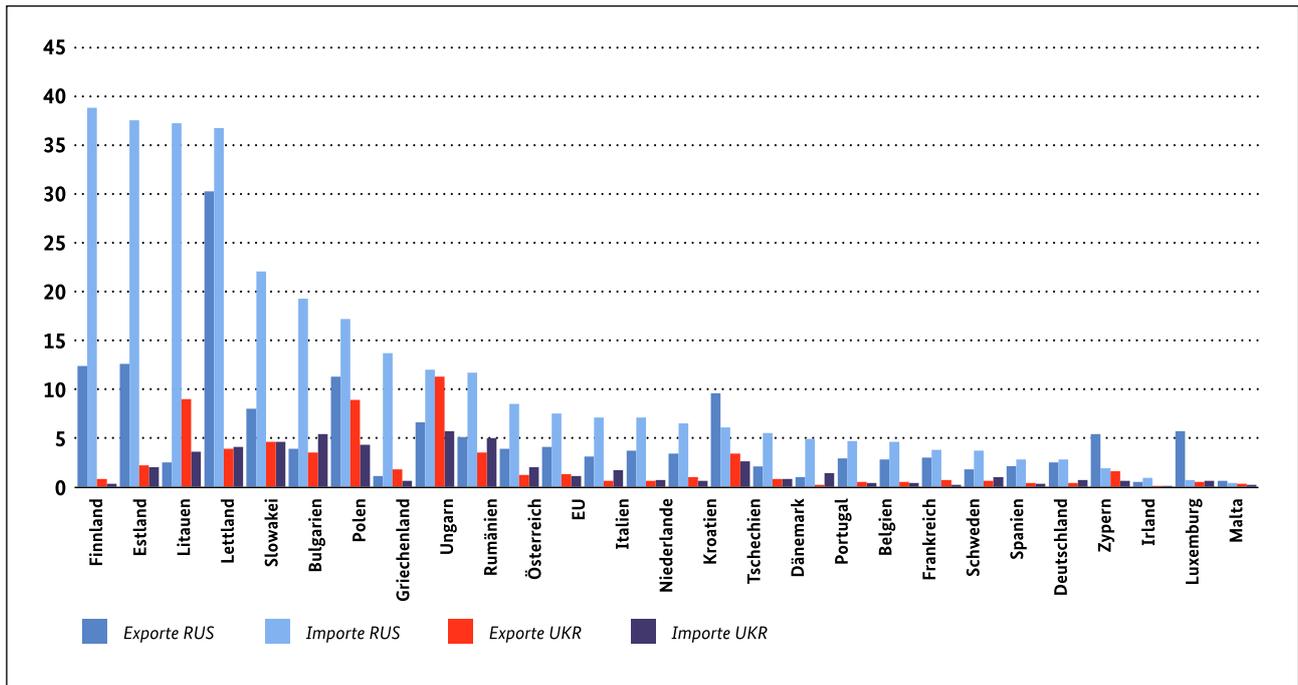
Quelle: Statista, BMWK

Tabelle 1: Deutsche Rüstungsexporte nach Empfängerländern 1996 bis 2021

Jahr	EU-Länder		NATO(-gleich gestellte) Länder		Drittländer		Gesamt Mio. Euro
	Mio. Euro	Anteil	Mio. Euro	Anteil	Mio. Euro	Anteil	
1996	615	28,2%	720	33,0%	850	38,9%	2.185
1997	732	35,5%	733	35,6%	596	28,9%	2.061
1998	632	22,0%	1.208	42,0%	1.033	36,0%	2.874
1999	702	23,2%	1.543	51,0%	783	25,9%	3.028
2000	1.284	45,1%	964	33,8%	600	21,1%	2.847
2001	1.330	36,1%	1.011	27,4%	1.346	36,5%	3.686
2002	1.364	41,9%	1.150	35,3%	745	22,9%	3.258
2003	1.892	38,9%	1.359	27,9%	1.613	33,2%	4.864
2004	1.916	50,3%	811	21,3%	1.080	28,4%	3.807
2005	1.440	34,2%	1.120	26,6%	1.656	39,3%	4.216
2006	1.863	44,5%	1.174	28,0%	1.151	27,5%	4.189
2007	1.297	35,4%	1.141	31,1%	1.230	33,5%	3.668
2008	1.839	31,8%	809	14,0%	3.141	54,3%	5.788
2009	1.445	28,7%	1.106	21,9%	2.492	49,4%	5.043
2010	2.315	48,7%	1.056	22,2%	1.383	29,1%	4.754
2011	1.954	36,1%	1.163	21,5%	2.298	42,4%	5.415
2012	971	20,7%	1.129	24,0%	2.604	55,4%	4.704
2013	1.168	20,0%	1.071	18,3%	3.606	61,7%	5.846
2014	817	20,6%	753	18,9%	2.404	60,5%	3.974
2015	2.474	31,5%	763	9,7%	4.621	58,8%	7.859
2016	1.353	19,8%	1.827	26,7%	3.668	53,6%	6.848
2017	1.483	23,8%	965	15,5%	3.795	60,8%	6.242
2018	1.054	21,8%	1.221	25,3%	2.550	52,9%	4.824
2019	3.142	39,2%	1.342	16,7%	3.531	44,1%	8.015
2020	1.904	32,7%	1.001	17,2%	2.919	50,1%	5.824
2021	1.620	17,3%	1.781	19,0%	5.951	63,3%	9.352
2022	3.366	40,3%	1.760	21,0%	3.237	38,7%	8.362

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_R%C3%BCstungsexport

Abbildung 3: Prozentuale Anteile des Handels mit Russland und der Ukraine (2021)



Quelle: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter/2022/05/17-lieferketten-unter-druck.pdf?__blob=publicationFile&v=6, 53